



Infobrief

Historische Jahres- und Gedenktage – Auswahl für das Jahr 2015

Klaus Sator

Historische Jahres- und Gedenktage – Auswahl für das Jahr 2015

Verfasser: Dr. Klaus Sator
Aktenzeichen: WD 1 - 3010 – 031/14
Abschluss der Arbeit: 4. Dezember 2014; aktualisierte Fassung vom 25. März 2015
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Liste der historischen Jahres- und Gedenktage	5
2.1.	Chronologie nach Jahrestagen	5
2.2.	Jahres- und Gedenktage nach Monaten	9
3.	Kurzinformationen zu den historischen Jahres- und Gedenktagen und weiterführende Quellen	14
4.	Quellen- und Literaturverzeichnis	65
5.	Schlagwortregister der historischen Jahres- und Gedenktage für das Jahr 2015	66

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Infobrief wird die im letzten Jahr erstmals veröffentlichte gesonderte Zusammenstellung historischer Jahres- und Gedenktage für das Jahr 2015 fortgesetzt. Die zahlreichen Nachfragen nach dem Infobrief zu den historischen Jahres- und Gedenktagen für das Jahr 2014 haben gezeigt, dass innerhalb wie auch außerhalb des Deutschen Bundestages großes Interesse an einer solchen Zusammenstellung besteht.

Die für das Jahr 2015 zusammengestellten historischen Jahres- und Gedenktage erinnern vor allem an wichtige Daten und Themen der deutschen Parlamentsgeschichte und der deutschen Geschichte im Allgemeinen. Soweit europäische und internationale Jahrestage einen Bezug hierzu aufweisen, wurden auch sie aufgenommen.

Maßgebliches Kriterium für die Aufnahme in die vorliegende Zusammenstellung war, ob der jeweilige Jahres- oder Gedenktag für die Mitglieder des Deutschen Bundestages und ihre Arbeit von Interesse sein könnte bzw. ob sie für bestimmte Politikbereiche von zentraler Bedeutung sind. Diese Zusammenstellung kann und will keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie ist nach Monaten gegliedert. Jeder aufgeführte Jahres- und Gedenktag wird kurz erläutert, und um weiterführende Internetlinks ergänzt, soweit dies möglich war. Der Übersicht vorangestellt sind eine chronologische Auflistung nach Jahrestagen und eine nach Monaten. Ein Schlagwortregister am Ende der Ausarbeitung – nach den Bezeichnungen der Jahres- und Gedenktag bzw. nach den Themen, für die sie stehen, geordnet – soll ihr Auffinden erleichtern.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die den Texten zu den einzelnen Jahres- und Gedenktagen angefügten Internetlinks sowie die im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgeführten Internetressourcen zwar zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Infobriefs existiert haben, inzwischen aber inaktiv oder anders benannt sein können.

2. Liste der historischen Jahres- und Gedenktage

2.1. Chronologie nach Jahrestagen

200. Jahrestag:

08.06.1815	Gründung Deutscher Bund	36
26.09.1815	Gründung Heilige Allianz	53

175. Jahrestag:

28.06.1840	Errichtung des weltweit ersten Kindergartens in Deutschland	39
------------	---	----

150. Jahrestag:

17.05.1865	Gründung Internationale Fernmeldeunion	33
29.05.1865	Gründung Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger	35
18.10.1865	Gründung Allgemeiner Deutscher Frauenverein	57

125. Jahrestag:

25.01.1890	Ablehnung der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Deutschen Reichstag	16
15.03.1890	Erste Internationale Arbeiterschutzkonferenz	24
01.05.1890	1. Mai wird Kampftag der Arbeiterbewegung	31
28.05.1890	Gründung Evangelisch-Sozialer Kongress	34
01.07.1890	Abschluss Helgoland-Sansibar-Vertrag	42
29.07.1890	Gründung Theaterverein Freie Volksbühne	45
24.10.1890	Gründung Volksverein für das katholische Deutschland	58
16.11.1890	Erste Konferenz der freien Gewerkschaften	60

100. Jahrestag:

24.04.1915	Beginn der Vertreibung und Massaker an den Armeniern	27
28.04.1915	Erster Internationaler Frauenfriedenskongress	29
05.09.1915	Zimmerwalder Konferenz	51
18.12.1915	Gründung Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)	63

80. Jahrestag:

15.09.1935 Verabschiedung „Nürnberger Rassegesetze“ 52

75. Jahrestag:

09.04.1940 Beginn der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens
im Zweiten Weltkrieg 26

27.04.1940 Befehl des Reichsführer der SS zur Errichtung eines Konzentrationslagers
in Auschwitz 28

10.05.1940 Beginn des Westfeldzugs im Zweiten Weltkrieg 32

28.06.1940 Beginn der Umsiedlung der deutschstämmigen Minderheit aus
Rumänien im Zweiten Weltkrieg 40

13.08.1940 Beginn des Luftkriegs um England im Zweiten Weltkrieg 46

02.10.1940 Befehl zur Errichtung des Warschauer Ghettos 55

18.12.1940 Hitler unterzeichnet die „Weisung Nr. 21“ (Fall Barbarossa) zum
deutschen Überfall auf die Sowjetunion 64

70. Jahrestag:

30.04.1945 Rückkehr der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin 29

08.05.1945 Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus 32

17.07.1945 Potsdamer Konferenz 44

06.08.1945 Atombombenabwurf auf Hiroshima 46

03.09.1945 Beginn der „Bodenreform“ in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) 50

20.11.1945 Beginn der Nürnberger Prozesse 60

50. Jahrestag:

27.01.1965 Wehrbeauftragter erhält Rederecht im Deutschen Bundestag 18

10.02.1965 Erste „Aktuelle Stunde“ im Deutschen Bundestag 21

25.03.1965 Bundestagsbeschluss zur Verlängerung der Verjährungsfrist von
nationalsozialistischen Verbrechen 25

08.04.1965 Vertrag über die Fusion der Behörden der drei Europäischen
Gemeinschaften 26

12.05.1965 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel 33

31.05.1965 Erste elektronische Briefsortieranlage bei der Deutschen Bundespost 35

19.06.1965 Internationaler Kongress der Eltern von Contergan-Kindern in Köln 38

30.06.1965 Eröffnung der Ruhr-Universität in Bochum 41

19.08.1965 Urteil im Auschwitz-Prozess 47

01.10.1965	Veröffentlichung der „Ostdenkschrift“ der Evangelischen Kirche	55
08.10.1965	Internationales Olympisches Komitee beschließt das Ende der gesamtdeutschen Olympiamannschaft	56
15.12.1965	11. Plenum des ZK der SED	63

30. Jahrestag:

25.01.1985	Bundestagsbeschluss zur Unwirksamkeit der Urteile des „Volksgerichtshofs“	17
25.04.1985	Bundestag verabschiedet Gesetz gegen die sogenannte Auschwitz-Lüge	27
14.06.1985	Unterzeichnung Schengener Abkommen	36
26.09.1985	Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes	54
20.11.1985	Computerbetriebssystem Windows kommt auf den Markt	61

25. Jahrestag:

15.01.1990	Erstürmung der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit	15
05.02.1990	Bildung der „Regierung der nationalen Verantwortung“ in der DDR	20
05.02.1990	Ablehnung des Beitrittsgesuchs der Türkei durch die Europäische Gemeinschaft	20
07.03.1990	Bundestagsbeschluss zur Öffnung des Zugangs zum Amt des Wehrbeauftragten für Ungediente und für Frauen	24
18.03.1990	Erste freie Volkskammerwahlen in der DDR	25
30.04.1990	Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden deutschen Parlamenten	30
04.05.1990	Einführung der 35-Stunden-Woche	31
17.05.1990	Beschluss der Weltgesundheitsorganisation zur Streichung der Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten	34
18.05.1990	Unterzeichnung des Staatsvertrags über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	34
29.05.1990	Gründung Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	35
21.06.1990	Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch beide deutschen Parlamente	39
29.06.1990	Beschluss der internationalen Ozonschutzkonferenz zum Verbot der Herstellung von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW)	40
16.07.1990	Konstituierung der Treuhandanstalt	43
22.07.1990	Verabschiedung des Ländereinführungsgesetzes	45
23.08.1990	Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland	47
24.08.1990	Volkskammer der DDR beschließt erstes Stasiunterlagengesetz	48

12.09.1990	Unterzeichnung Zwei-plus-Vier-Vertrag	51
13.09.1990	Deutsch-sowjetischer Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit	52
17.09.1990	Internationales Olympisches Komitee beschließt Zulassung von Berufssportlern zu den Olympischen Spielen	52
03.10.1990	Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland	56
04.10.1990	Erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages	56
14.11.1990	Unterzeichnung deutsch-polnischer Grenzvertrag	59
21.11.1990	Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“	61
02.12.1990	Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen	62

20. Jahrestag:

01.01.1995	Einführung Pflegeversicherung	14
01.01.1995	Einführung Solidaritätszuschlag	14
02.02.1995	Erste europäische Bioethik-Konvention	19
05.03.1995	Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“	23
06.03.1995	Erster Weltgipfel für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen	23
16.05.1995	Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	33
17.06.1995	Beginn der Reichstagsverhüllung	37
09.10.1995	Konstituierung der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages	57
06.12.1995	Bundestagsbeschluss zur Entsendung deutscher Soldaten nach Bosnien	62

10. Jahrestag:

12.01.2005	Europaparlament billigt europäische Verfassung	15
26.01.2005	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Studiengebühren	17
16.02.2005	Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls	22
15.03.2005	Einweihung des neuen Holocaust-Museums in Yad Vashem	24
19.04.2005	Wahl von Joseph Kardinal Ratzinger zum Papst	26
10.05.2005	Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin	32
01.07.2005	Bundeskanzler Gerhard Schröder verliert im Bundestag Abstimmung über Vertrauensfrage	42

2.2. Jahres- und Gedenktage nach Monaten

Januar:

01.01.	Einführung Pflegeversicherung	14
01.01.	Einführung Solidaritätszuschlag	14
12.01.	Europaparlament billigt europäische Verfassung	15
15.01.	Erstürmung der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit	15
19.01.	Gedenktag der Verschleppung der Ungarndeutschen	16
25.01.	Ablehnung der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Deutschen Reichstag	16
25.01.	Bundestagsbeschluss zur Unwirksamkeit der Urteile des „Volksgerichtshofs“	17
26.01.	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Studiengebühren	17
27.01.	Wehrbeauftragter erhält Rederecht im Deutschen Bundestag	18
27.01.	Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust	18

Februar:

02.02.	Erste europäische Bioethik-Konvention	19
05.02.	Bildung der „Regierung der nationalen Verantwortung“ in der DDR	20
05.02.	Ablehnung des Beitrittsgesuchs der Türkei durch die Europäische Gemeinschaft	20
08.02.	Parlamentsbeschluss zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Antifolterkonvention der Vereinten Nationen	21
10.02.	Erste „Aktuelle Stunde“ im Deutschen Bundestag	21
12.02.	Verabschiedung des ersten Ausländergesetzes	22
16.02.	Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls	22

März:

05.03.	Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“	23
06.03.	Erster Weltgipfel für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen	23
07.03.	Bundestagsbeschluss zur Öffnung des Zugangs zum Amt des Wehrbeauftragten für Ungediente und Frauen	24
15.03.	Erste Internationale Arbeiterschutzkonferenz	24

15.03.	Einweihung des neuen Holocaust-Museums in Yad Vashem	24
18.03.	Erste freie Volkskammerwahlen in der DDR	25
25.03.	Bundestagsbeschluss zur Verlängerung der Verjährungsfrist von nationalsozialistischen Verbrechen	25

April:

08.04.	Vertrag über die Fusion der Behörden der drei Europäischen Gemeinschaften	26
09.04.	Beginn der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens im Zweiten Weltkrieg	26
19.04.	Wahl von Joseph Kardinal Ratzinger zum Papst	26
24.04.	Beginn der Vertreibung und Massaker an den Armeniern	27
25.04.	Bundestag verabschiedet Gesetz gegen die sogenannte Auschwitz-Lüge	27
27.04.	Befehl des Reichsführer der SS zur Errichtung eines Konzentrationslagers in Auschwitz	28
28.04.	Erster Internationaler Frauenfriedenskongress	29
30.04.	Rückkehr der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin	29
30.04.	Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden deutschen Parlamenten	30

Mai:

01.05.	1. Mai wird Kampftag der Arbeiterbewegung	31
04.05.	Einführung der 35-Stunden-Woche	31
08.05.	Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus	32
10.05.	Beginn des Westfeldzugs im Zweiten Weltkrieg	32
10.05.	Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin	32
12.05.	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel	33
16.05.	Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	33
17.05.	Gründung Internationale Fernmeldeunion	33
17.05.	Beschluss der Weltgesundheitsorganisation zur Streichung der Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten	34
18.05.	Unterzeichnung des Staatsvertrags über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	34
28.05.	Gründung Evangelisch-Sozialer Kongress	34
29.05.	Gründung Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger	35
29.05.	Gründung Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	35
31.05.	Erste elektronische Briefsortieranlage bei der Deutschen Bundespost	35

Juni:

08.06.	Gründung Deutscher Bund	36
14.06.	Unterzeichnung Schengener Abkommen	36
17.06.	Beginn der Reichstagsverhüllung	37
17.06.	Nationaler Gedenktag an den Volksaufstand von 1953 in der DDR	37
19.06.	Internationaler Kongress der Eltern von Contergan-Kindern in Köln	38
20.06.	Nationaler Gedenktag an die Opfer von Flucht und Vertreibung	38
21.06.	Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch beide deutschen Parlamente	39
28.06.	Errichtung des weltweit ersten Kindergartens in Deutschland	39
28.06.	Beginn der Umsiedlung der deutschstämmigen Minderheit aus Rumänien im Zweiten Weltkrieg	40
29.06.	Beschluss der internationalen Ozonschutzkonferenz zum Verbot der Herstellung von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW)	40
30.06.	Eröffnung der Ruhr-Universität in Bochum	41

Juli:

01.07.	Abschluss Helgoland-Sansibar-Vertrag	42
01.07.	Bundeskanzler Gerhard Schröder verliert im Bundestag Abstimmung über Vertrauensfrage	42
11.07.	Beginn des Massakers von Srebrenica	43
16.07.	Konstituierung der Treuhandanstalt	43
17.07.	Potsdamer Konferenz	44
20.07.	Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft	44
22.07.	Verabschiedung des Ländereinführungsgesetzes	45
29.07.	Gründung Theaterverein Freie Volksbühne	45

August:

06.08.	Atombombenabwurf auf Hiroshima	46
13.08.	Beginn des Luftkriegs um England im Zweiten Weltkrieg	46
19.08.	Urteil im Auschwitz-Prozess	47
23.08.	Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland	47
23.08.	Europäischer Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus	48
24.08.	Volkskammer der DDR beschließt erstes Stasiunterlagengesetz	48
28.08.	Tag der Russlanddeutschen	49

September:

01.09.	Antikriegstag	50
03.09.	Beginn der „Bodenreform“ in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ)	50
05.09.	Zimmerwalder Konferenz	51
12.09.	Unterzeichnung Zwei-plus-Vier-Vertrages	51
13.09.	Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit	52
15.09.	Verabschiedung „Nürnberger Rassegesetze“	52
17.09.	Internationales Olympisches Komitee beschließt Zulassung von Berufssportlern zu den Olympischen Spielen	52
20.09.	Verabschiedung des Einigungsvertrages durch beide deutschen Parlamente	53
26.09.	Gründung Heilige Allianz	53
26.09.	Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes	54

Oktober:

01.10.	Veröffentlichung der „Ostdenkschrift“ der Evangelischen Kirche	55
02.10.	Befehl zur Errichtung des Warschauer Ghettos	55
03.10.	Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland	56
04.10.	Erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages	56
08.10.	Internationales Olympisches Komitee beschließt das Ende der gesamtdeutschen Olympiamannschaft	56
09.10.	Konstituierung der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages	57
18.10.	Gründung Allgemeiner Deutscher Frauenverein	57
24.10.	Gründung Volksverein für das katholische Deutschland	58

November:

14.11.	Unterzeichnung deutsch-polnischer Grenzvertrag	59
16.11.	Erste Konferenz der freien Gewerkschaften	60
20.11.	Beginn der Nürnberger Prozesse	60
20.11.	Computerbetriebssystem Windows kommt auf den Markt	61
21.11.	Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“	61

Dezember:

02.12.	Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen	62
06.12.	Bundestagsbeschluss zur Entsendung deutscher Soldaten nach Bosnien	62

15.12.	11. Plenum des ZK der SED	63
18.12.	Gründung Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)	63
18.12.	Hitler unterzeichnet die „Weisung Nr. 21“ (Fall Barbarossa) zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion	64

3. Kurzinformationen zu den historischen Jahres- und Gedenktagen und weiterführende Quellen

– Januar –

01.01.1995 Einführung Pflegeversicherung

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des damit einhergehenden vermehrten Pflegebedarfs älterer Menschen beschloss der Deutsche Bundestag am 22. April 1994 das „Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit“, kurz „Pflegeversicherungsgesetz“ (PflVG) genannt. Es trat zum 1. Januar 1995 mit der Beitragspflicht zur Pflegeversicherung in Kraft. Leistungen aus der Pflegeversicherung für die häusliche Pflege werden seit 1. April 1995 gewährt. Die soziale Pflegeversicherung bildet – neben der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung – die jüngste Säule der in Deutschland bestehenden Sozialversicherungen.

- <http://www.bmg.bund.de/pflege/pflegeversicherung/geschichte.html>
- <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72804/ziele-und-wirkungen-der-pflegeversicherung?p=all>
- <http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/pflegeversicherung>
- [http://www.bundestag.btg/Wissen/Dossiers/Ablage/1420/Ueberlick Pflegev.pdf](http://www.bundestag.btg/Wissen/Dossiers/Ablage/1420/Ueberlick_Pflegev.pdf)
- <http://www.gesetze-im-internet.de/pflegevg/BJNR101409994.html>
- http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_11

01.01.1995 Einführung Solidaritätszuschlag

Um die ungleichen Lebensverhältnisse in den neuen und alten Bundesländern nach der Wiedervereinigung zu überwinden und entsprechende Maßnahmen mitzufinanzieren, wurde mit dem „Solidaritätszuschlaggesetz 1995“ (SolzG 1995) vom 23. Juni 1993 von allen Steuerzahlern vom 1. Januar 1995 an eine Ergänzungsabgabe auf die zu entrichtende Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben. Der Solidaritätszuschlag betrug zunächst 7,5 Prozent. Seit 1. Januar 1998 beträgt er 5,5 Prozent. Dieser Zuschlagssatz ist nicht befristet und wurde den neuen Bundesländern im Solidarpakt II bis 2019 zugesagt. Das daraus resultierende Steueraufkommen steht ausschließlich dem Bund zu.

- <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/18713/aufbau-ost>
- http://www.gesetze-im-internet.de/solzg_1995/BJNR097500993.html

12.01.2005 Europaparlament billigt europäische Verfassung

Mit den Stimmen von 500 der 732 Abgeordneten bei 137 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen billigte das Europaparlament in seiner Sitzung vom 12. Januar 2005 die gemeinsame europäische Verfassung. Rechtlich war das Ergebnis dieser Abstimmung nicht bindend. Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ war zuvor von einem Konvent aus Regierungsvertretern und Parlamentariern erarbeitet, am 18. Juni 2004 von der Europäischen Regierungskonferenz angenommen und am 29. Oktober 2004 in Rom von allen Staats- und Regierungschefs der damals 25 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) unterzeichnet worden. Ziel dieser Verfassung war es, die EU zu reformieren, sie durchschaubarer und bürgernäher zu machen. Eine der Institutionen, deren Kompetenzen durch den Verfassungsvertrag besonders gestärkt werden sollte, war das Europäische Parlament. Ursprünglich sollte die europäische Verfassung zum 1. November 2006 in Kraft treten. Da nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden jedoch nicht alle Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizierten, erlangte sie keine Rechtskraft. Stattdessen schlossen unter portugiesischer Ratspräsidentschaft im Dezember 2007 die europäischen Staats- und Regierungschefs den weitgehend textgleichen „Vertrag von Lissabon“ ab, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat.

- http://europa.eu/scadplus/constitution/introduction_de.htm
- <http://www.eu-info.de/europa/eu-vertraege/EU-Verfassung>
- <http://www.dw.de/die-acht-wichtigsten-fragen-zur-eu-verfassung/a-1595034>
- <http://www.europarl.europa.eu/Europe2004/textes/2005-01-10-brochure-constitution-de-v02.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15175.pdf#P.16347>

15.01.1990 Erstürmung der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit

Am Nachmittag des 15. Januar 1990 waren tausende Demonstranten einem Aufruf der Bürgerbewegung „Neues Forum“ zu einer gewaltfreien Kundgebung vor den Toren der Stasizentrale in der Berliner Normannenstraße gefolgt. Mit der Forderung nach Auflösung der Staatssicherheit und dem Ziel, die Vernichtung von Stasiakten zu beenden, die nach dem Mauerfall begonnen hatte, drangen etwa 2.000 Demonstranten während der Kundgebung auf das Gelände der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vor. Dieses war im November 1989 in „Amt für nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt worden. Mit der Erstürmung und Besetzung des Berliner Hauptquartiers wurde das Ende der Staatssicherheit der DDR besiegelt. Noch in der Nacht konstituierte sich ein Bürgerkomitee zur Auflösung des Geheimdienstes und zur Sicherung der noch nicht vernichteten Unterlagen.

- <http://www.chronikderwende.de/wendepunkte/wendepunkte.jsp/key=wp15.1.1990.html>
- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/ende-der-staatssicherheit>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69187/erstuermung-der-stasi-zentrale-13-01-2010>
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kontraste/42457/aufloesung-des-geheimdienstes>

19. Januar Gedenktag der Verschleppung der Ungarndeutschen

Der „Gedenktag der Verschleppung der Ungarndeutschen“, der in Deutschland auch als „Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen“ bezeichnet wird, wurde im Dezember 2012 vom ungarischen Parlament einstimmig beschlossen. Er wurde erstmals am 19. Januar 2013, dem Jahrestag des Beginns der Verschleppung und Vertreibung im Jahr 1946, begangen. Damit hat Ungarn als erstes Land, aus dem Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden, einen Gedenktag für diese Opfergruppe geschaffen. Der Tag soll an 35.000 bis 40.000 Ungarndeutschen erinnern, die während des Kriegs in sowjetische Arbeitslager deportiert wurden. Außerdem wird der rund 200.000 Deutschen ungarischer Staatsangehörigkeit gedacht, die in der Nachkriegszeit enteignet, entrechtet und vertrieben wurden.

- <http://www.kas.de/ungarn/de/publications/33338>
- <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2013/005.html>
- <http://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/index.php3?id=1322>
- <http://www.pesterlloyd.net/html/1250ungarndeutsche.html>

25.01.1890 Ablehnung der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Deutschen Reichstag

Der Deutsche Reichstag lehnte in seiner Sitzung vom 25. Januar 1890 die von Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898) eingebrachte Vorlage über eine weitere Verlängerung des seit dem 21. Oktober 1878 geltenden „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ ab. Während 98 Abgeordnete eine Verlängerung befürworteten, stimmten 169 Abgeordnete dagegen. Damit trat das Sozialistengesetz zum 30. September 1890 außer Kraft. Bismarcks Versuch, die erstarkende Arbeiterbewegung, ihre Einrichtungen und Organisationen mit diesem Ausnahmegesetz zerschlagen zu können, war damit gescheitert. Illegalität und Verfolgung hatten der Bewegung nicht geschadet, sondern zu einer Solidarisierung in der Arbeiterschaft mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geführt. Trotz Parteiverbot nahmen die Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten bei den unter dem Sozialistengesetz stattfindenden Reichstagswahlen kontinuierlich zu. Nach seiner Aufhebung wurde die Sozialdemokratie, die sich seit dem Erfurter Programmparteitag von 1891 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nannte, zur stärksten politischen Kraft im Kaiserreich.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistengesetz.html>
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/139650/sozialdemokratie-zwischen-ausnahmegesetzen-und-sozialreformen>
- http://www.documentarchiv.de/ksr/soz_ges.html

25.01.1985 Bundestagsbeschluss zur Unwirksamkeit der Urteile des „Volksgerichtshofs“

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte um den Film „Die weiße Rose“ (1982) beschäftigte sich der Deutsche Bundestag auf Antrag der SPD-Fraktion vom 8. Juni 1983 im Rahmen der von ihm geleisteten Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit erstmals mit der Frage der Rechtmäßigkeit der während der nationalsozialistischen Diktatur ergangenen Gerichtsentscheidungen des „Volksgerichtshofs“ und der „Sondergerichte“. Nach kontroversen Diskussionen und zähen Verhandlungen zwischen den Fraktionen wurde mit der hierzu einstimmig verabschiedeten Entschließung vom 25. Januar 1985 festgestellt, dass der „Volksgerichtshof“ ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft gewesen sei, dessen Entscheidungen nach Überzeugung des Deutschen Bundestages keine Rechtswirksamkeit zukomme. Mit dem am 28. Mai 1998 verabschiedeten „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege“ (NS-AufhG) wurden dreizehn Jahre später sämtliche Urteile des „Volksgerichtshofs“ vom Deutschen Bundestag annulliert.

- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10118.pdf#P.8761>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/10/023/1002368.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/10/001/1000116.pdf>

26.01.2005 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Studiengebühren

Gegen das im Jahr 2002 novellierte Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes, das die Erhebung von allgemeinen Studiengebühren ausschloss, hatten die unionsgeführten Bundesländer Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Hessen, Saarland, Hamburg, Bayern und Sachsen eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie sahen darin einen unzulässigen Eingriff des Bundes in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Das Bundesverfassungsgericht gab ihnen mit seiner Entscheidung vom 26. Januar 2005 Recht und erklärte das im Hochschulrahmengesetz eingeführte Verbot von Studiengebühren für nichtig. Es bestätigte damit im Rahmen der Abgrenzung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern die Bildungshoheit der Länder. Sieben Bundesländer führten daraufhin allgemeine Studiengebühren ein. Als erstes Bundesland beschloss der Landtag von Niedersachsen am 9. Dezember 2005 ihre Einführung. Inzwischen wurden die Studiengebühren in allen Bundesländern jedoch wieder abgeschafft, zuletzt in Niedersachsen zum Wintersemester 2014/15.

- <http://www.bpb.de/apuz/29445/bildung-und-herkunft?p=all>
- https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/fs20050126_2bv000103.html

27.01.1965 Wehrbeauftragter erhält Rederecht im Deutschen Bundestag

Mit der Gründung der Bundeswehr wurde 1956 auch das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages als Hilfsorgan zur parlamentarischen Kontrolle im Bereich der Bundeswehr geschaffen. Die von diesem vorgelegten Jahresberichte wurden in den ersten Jahren im Verteidigungsausschuss lediglich zur Kenntnis genommen. Eine Behandlung und Beratung der dort dokumentierten Missstände und Fehlentwicklungen bei der Bundeswehr fand nicht statt. Enttäuscht über die mangelnde Unterstützung seiner Arbeit durch die Abgeordneten wandte sich der zweite Amtsinhaber Hellmuth Heye (1895-1970) in Zusammenhang mit der Präsentation des Jahresberichts des Wehrbeauftragten für 1963 an die Medien. Sein umstrittenes Vorgehen löste heftige Reaktionen aus, denen am 11. November 1964 die Entlassung Heyes aus dem Amt auf eigenen Wunsch folgte. Letztendlich stärkte die durch ihn ausgelöste öffentliche Diskussion jedoch die Position des Wehrbeauftragten. Sein unorthodoxes Verhalten hatte zur Folge, dass die oppositionelle SPD am 23. Juni 1964 einen Antrag ins Parlament einbrachte, der das Rederecht für den Wehrbeauftragten im Plenum forderte. In seiner Sitzung vom 27. Januar 1965 beschloss der Deutsche Bundestag eine Änderung seiner Geschäftsordnung, mit der dem Wehrbeauftragten im Bundestag ein Rederecht zuerkannt wurde.

- <http://www.bundestag.de/bundestag/wehrbeauftragter>
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/48757920_kw04_grundgesetz_45b/215092
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04159.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/04/024/0402403.pdf>

27. Januar Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Der in Deutschland von Bundespräsident Roman Herzog initiierte Gedenktag wird seit 1996 am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung der Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee im Jahr 1945, begangen. 2005 wurde er von den Vereinten Nationen als „International Day of Commemoration to honour the victims of the Holocaust“ übernommen und wird seit 2006 weltweit begangen. Mit ihm wird an die Millionen von Menschen erinnert, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Der Deutsche Bundestag kommt an diesem Tag zu einer Gedenkveranstaltung zusammen, in deren Mittelpunkt zumeist die Rede eines Überlebenden des Holocaust steht.

- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/27Januar1945/27Januar1945_node.html
- <http://www.un.org/en/holocaustremembrance>
- http://www.genf.diplo.de/Vertretung/genf/de/_pr/Aktuell-dt/Gedenktage_202014/2013-01-27-HolocaustGedenktag.html
- <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001/261296>

– Februar –

02.02.1995 Erste europäische Bioethik-Konvention

Nachdem Mitte der achtziger Jahre die europäische Ministerpräsidentenkonferenz in Wien und die Konferenz der europäischen Justizminister in Edinburgh den Beschluss für eine Bioethik-Konvention gefasst hatten, verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarates am 2. Februar 1995 den „Entwurf eines Übereinkommens zum Schutz der Rechte und der Würde der Menschen bei der Anwendung von Biologie und Medizin: Bioethik-Konvention“. Damit wurde erstmals auf europäischer Ebene ein Vertragswerk verabschiedet, mit dem für die Mitgliedsstaaten des Europarates der Umgang mit der Gentechnik geregelt werden sollte. Gleichzeitig verlangten die Abgeordneten Nachbesserungen. Sie forderten strengere Richtlinien bei der Behinderten-Forschung und ein Verbot der Forschung an menschlichen Embryonen. Das vom Lenkungsausschuss für Bioethik (CDBI) beim Europarat überarbeitete „Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin“ wurde am 4. April 1997 verabschiedet. Es trat nach der Ratifizierung von fünf Staaten am 1. Dezember 1999 in Kraft. Von den 47 Mitgliedstaaten des Europarates haben bisher 35 Staaten die Bioethik-Konvention unterzeichnet, 29 Staaten haben sie zudem auch ratifiziert. Der Meinungsbildungsprozess zur Frage einer deutschen Unterzeichnung ist bisher noch nicht abgeschlossen.

- <http://assembly.coe.int/ASP/Doc/XrefViewHTML.asp?FileID=8122&Language=EN>
- <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/164.htm>
- <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/Cherche-Sig.asp?NT=164&CM=1&DF=&CL=GER>
- http://www.coe.int/t/dg3/healthbio-ethic/texts_and_documents/default_en.asp

05.02.1990 Bildung der „Regierung der nationalen Verantwortung“ in der DDR

Nachdem sich die Regierung der DDR unter Hans Modrow (SED/PDS) mit den Vertretern des Runden Tisches Ende Januar auf die Bildung einer „Regierung der Nationalen Verantwortung“ geeinigt hatte, wurde am 5. Februar 1990 von der Volkskammer je ein Vertreter der Gruppen und Parteien des Runden Tisches, die bislang nicht an der Regierung der DDR beteiligt waren, in den Ministerrat der DDR gewählt. Die nur aus Mitgliedern der SED/PDS und der bisherigen Blockparteien und Massenorganisationen der Volkskammer bestehende Regierung Modrow wurde um acht Minister ohne Geschäftsbereich erweitert: Tatjana Böhm für den Unabhängigen Frauenverband (UFV), Rainer Eppelmann für den Demokratischen Aufbruch (DA), Sebastian Pflugbeil für das Neue Forum (NF), Matthias Platzeck für die Grüne Partei (GP), Gerd Poppe für die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM), Walter Romberg für die SPD, Klaus Schlüter für die Grüne Liga (GL) und Wolfgang Ullmann für Demokratie Jetzt (DJ). Erstmals in der Geschichte der DDR waren damit Vertreter oppositioneller Kräfte in einer DDR-Regierung vertreten. Die Volkskammer billigte die neue Regierung mit 577 gegen 16 Stimmen.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/der-runde-tisch.html>
- <http://www.chronikderwende.de/wendepunkte/wendepunkte.jsp/key=wp5.2.1990.html>
- <http://1989.dra.de/themendossiers/politik/der-zentrale-runde-tisch.html>

05.02.1990 Ablehnung des Beitrittsgesuchs der Türkei durch die Europäische Gemeinschaft

Der Türkei, die bereits seit 1949 Mitglied des Europarates und seit 1963 assoziiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist, wurde wiederholt eine Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt. Der am 14. April 1987 unter der Regierung Özal (1983-1989) gestellte Antrag auf Vollmitgliedschaft mit dem Ziel, endgültig als fester Bestandteil der europäischen Völkergemeinschaft anerkannt zu werden, wurde vom EG-Ministerrat am 5. Februar 1990 abschlägig beschieden. Am 11. Dezember 1999 wurde dem Land der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten der Europäischen Union (EU) zuerkannt. Aufgrund der Nichterfüllung einzelner Beitrittsbedingungen ist die Türkei bis heute kein Mitglied der EU.

- <http://www.bpb.de/apuz/26362/die-tuerkei-zu-beginn-der-eu-beitrittspartnerschaft?p=all>
- [http://www.bpb.de/themen/LCD38U,0,0,Chronologie der Beitrittsverhandlungen.html](http://www.bpb.de/themen/LCD38U,0,0,Chronologie%20der%20Beitrittsverhandlungen.html)
- http://www.kalenderblatt.de/index.php?what=thmanu&manu_id=791&tag=5&monat=2&weekd=&weekdnum=&year=1954&dayisset=1&lang=de

08.02.1990 Parlamentsbeschluss zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Antifolterkonvention der Vereinten Nationen

Am 8. Februar 1990 beschloss der Deutsche Bundestag seine Zustimmung zur Konvention der Vereinten Nationen gegen die Folter. Mit ihrer Ratifizierung trat die Bundesrepublik Deutschland der Antifolterkonvention zum 1. Oktober 1990 bei. Die „VN-Antifolterkonvention“ gehört zu den internationalen Menschenrechtsverträgen der Vereinten Nationen. Sie wurde am 10. Dezember 1984 von der VN-Generalversammlung verabschiedet und trat am 26. Juni 1987 in Kraft. Bisher haben 156 Staaten die VN-Antifolterkonvention ratifiziert. Die Einhaltung des Vertragswerks wird vom VN-Ausschuss gegen Folter überwacht. Die Konvention ist völkerrechtlich verbindlich. Sie ergänzt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, die Genfer Konventionen von 1949 und deren Zusatzprotokoll von 1977, indem sie Folter genau definiert und Maßnahmen zu ihrer Verhinderung, Verfolgung und Bestrafung regelt.

- <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/vereinte-nationen/menschenrechtsabkommen/anti-folter-konvention-cat.html>
- <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/360814/publicationFile/3621/%C3%9CbereinkommenGegenFolter.pdf>
- <http://www.nationale-stelle.de/index.php?id=76>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11194.pdf#P.14902>

10.02.1965 Erste „Aktuelle Stunde“ im Deutschen Bundestag

Als Reaktion auf die zunehmende Unzufriedenheit der Mitglieder des Parlaments über die fehlenden Möglichkeiten der Diskussion aktueller politischer Vorgänge im Deutschen Bundestag verständigte sich der damalige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier (1906-1986) mit den Fraktionsvorsitzenden aller im Parlament vertretenen Parteien darauf, neue Möglichkeiten der parlamentarischen Aussprache zu erproben. Ein gemeinsamer Antrag zur Ergänzung der Geschäftsordnung mit dem Ziel der Einrichtung einer sogenannten aktuellen Stunde wurde ins Parlament eingebracht und dort am 27. Januar 1965 verabschiedet. Gegenstand der ersten „Aktuellen Stunde“ am 10. Februar 1965 waren die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten auf einer Pressekonferenz am 4. Februar 1965 zur Deutschlandpolitik seines Landes, insbesondere zur deutschen Frage bzw. den Voraussetzungen und Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung.

- <http://www.swr.de/-/id=7440192/property=download/nid=660694/12twp36/swr2-zeitwort-20110210.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04161.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04159.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/04/029/0402958.pdf>

12.02.1965 Verabschiedung des ersten Ausländergesetzes

Als Reaktion auf den stark ansteigenden Zuzug ausländischer Gastarbeiter verabschiedete der Deutsche Bundestag am 12. Februar 1965 einstimmig ein Ausländergesetz (AusLG), das den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern alle Grundrechte zusicherte, soweit diese nach dem Grundgesetz nicht den Deutschen vorbehalten sind. Mit diesem Gesetz wurde die noch aus der Zeit des Nationalsozialismus stammende Ausländerpolizeiverordnung (APOV) abgelöst. Im AusLG wurde festgelegt, dass die Einreise und der Aufenthalt in Deutschland genehmigungsbedürftig und zeitlich befristet sind. Nach dem Ablauf der Aufenthaltsgenehmigung oder dem Wegfall des Aufenthaltsgrunds waren Ausländer verpflichtet, Deutschland zu verlassen. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis wurde in das Ermessen der Ausländerbehörden gestellt. Das vielfach geänderte AusLG trat am 31. Dezember 2004 außer Kraft und wurde zum 1. Januar 2005 durch das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) ersetzt.

- <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/auslaendergesetz.html>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04163.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/04/008/0400868.pdf>
- <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Themen/Migration/Auslaenderrecht/01.html>

16.02.2005 Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls

Rund sieben Jahre nach seiner Verabschiedung trat das Kyoto-Protokoll zum weltweiten Schutz des Klimas am 16. Februar 2005 offiziell in Kraft. In diesem Abkommen verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten bis 2012 den Ausstoß von Treibhausgasen in ihrem Land um 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Inkrafttreten des Protokolls wurde möglich, nachdem Russland nach langem Zögern dem Abkommen im November 2004 beitrug. Das Kyoto-Protokoll legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen, die als hauptsächliche Ursache der globalen Erderwärmung angesehen wird, in den Industrieländern fest. Bis Juni 2013 hatten 191 Staaten sowie die Europäische Union das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Die USA als Hauptverursacher klimaschädlicher Abgase haben das Protokoll bisher nicht unterzeichnet.

- <http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/kyoto-protokoll>
- <http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-eu-klimapolitik/kyoto-protokoll>
- http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/kyoto_protokoll_1108.htm
- <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf>

– März –

05.03.1995 Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“

Am 5. März 1995 wurde in der Hansestadt Hamburg mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung eine der umstrittensten historisch-politischen Ausstellungen eröffnet. Die Kontroverse betraf insbesondere Rolle und Anteil der Wehrmacht bei dem in der Sowjetunion geführten Vernichtungskrieg, aber auch handwerkliche Mängel und sachliche Fehler. Die Ausstellung war von 1995 bis Juli 1999 in 26 Städten in Deutschland und in sechs Städten in Österreich zu sehen. Nach Angaben der Veranstalter wurde sie während dieser Zeit von 860.000 Menschen besucht. Die Ausstellung wurde zu einem Schwerpunkt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Am 13. März und am 24. April 1997 war die Wehrmachtsausstellung Diskussionsgegenstand im Plenum des Deutschen Bundestages.

- <http://www.verbrechen-der-wehrmacht.de/docs/home.htm>
- <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53181/die-erste-wehrmachtsausstellung?p=all>
- <http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/die-beiden-wehrmachtsausstellungen-konzeptionen-und-reaktionen>
- http://www.his-online.de/fileadmin/user_upload/pdf/veranstaltungen/Ausstellungen/Kommissionsbericht.pdf
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13163.pdf#P.14708>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13172.pdf#P.15527>

06.03.1995 Erster Weltgipfel für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen

Vom 6. bis 12. März 1995 fand in Kopenhagen auf Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen der erste Weltgipfel für soziale Entwicklung statt. Die dort zusammengekommenen Delegierten aus 185 Ländern – darunter 118 Staats- und Regierungschefs sowie über 2.600 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen – befassten sich mit den Ursachen und Folgen von Armut sowie den Möglichkeiten einer weltweiten Armutsbekämpfung. Der Weltsozialgipfel führte zur Annahme einer politischen Erklärung mit zehn Verpflichtungen und einem Aktionsprogramm zu deren Umsetzung. Die Hauptverpflichtungen betrafen die Beseitigung der Armut, die Verwirklichung der Vollbeschäftigung und die Stärkung der sozialen Integration. Seit dem Weltsozialgipfel fanden eine Reihe weiterer zwischenstaatlicher Treffen und Tagungen statt, die sich mit der Umsetzung der dort verabschiedeten Beschlüsse befassten.

- <http://www.un.org/depts/german/wirtsozentw/socsum/socsum6.htm>
- <http://www.un.org/esa/socdev/wssd/text-version/>
- <http://www.un.org/documents/ga/conf166/aconf166-9.htm>
- <http://www.un-ngls.org/orf/pdf/RU-ONLINE-Copenhagen+10.pdf>
- <http://undesadspd.org/Home/WorldSummitforSocialDevelopment1995.aspx>

07.03.1990 Bundestagsbeschluss zur Öffnung des Zugangs zum Amt des Wehrbeauftragten für Ungediente und Frauen

Mit dem am 7. März 1990 im Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wurde die Absolvierung eines mindestens einjährigen Wehrdienstes als Voraussetzung der Wählbarkeit zum Wehrbeauftragten fallengelassen. Weiterhin wurde klargestellt, dass auch weibliche Kandidaten für das Amt des Wehrbeauftragten wählbar sind.

- <https://www.bundestag.de/bundestag/wehrbeauftragter/recht/244750>
- <http://www.gesetze-im-internet.de/wehrbbtg/index.html>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11199.pdf>

15.03.1890 Erste Internationale Arbeiterschutzkonferenz

Auf Initiative von Kaiser Wilhelms II. (1859-1941) fand von 15. bis 29. März 1890 unter der Leitung des Sozialreformers Hans Hermann Freiherr von Berlepsch (1843-1926) und unter Beteiligung von 15 Staaten in Berlin die erste Internationale Arbeiterschutzkonferenz statt. Sie beschäftigte sich intensiv mit Fragen der Entlohnung und der Arbeitszeiten, des Arbeitsschutzes, der Sonntagsarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, der Bildung von Arbeitervertretungen und dem Koalitionsrecht. Die dort gefassten Beschlüsse waren von zentraler Bedeutung für den Fortgang der Sozialreformen in Deutschland und die Entstehung des Arbeitsrechts.

- https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/f90_486
- <http://www.v.berlepsch.de/private/minister-hans-hermann.htm>

15.03.2005 Einweihung des neuen Holocaust-Museums in Yad Vashem

In Anwesenheit von mehr als 40 Staats- und Regierungschefs sowie Ministern aus aller Welt wurde in Jerusalem das neue Holocaust-Museum eingeweiht. Die Bundesrepublik Deutschland war bei der Eröffnungsveranstaltung durch Außenminister Joschka Fischer vertreten. Der Bau des neuen Museums ergänzt die 1953 geschaffene Gedenkstätte Yad Vashem. Das „Museum zur Geschichte des Holocaust“ dokumentiert in neun unterirdisch angelegten Galerien die Geschichte der Judenverfolgung.

- <http://www.yadvashem.org>

18.03.1990 Erste freie Volkskammerwahlen in der DDR

Nachdem die Volkskammer der DDR am 20. Februar 1990 ein Wahlgesetz zur Sicherstellung freier und geheimer Wahlen verabschiedet hatte, fanden am 18. März 1990 die ersten freien und gleichzeitig letzten Wahlen zur Volkskammer in der Geschichte der DDR statt. 24 Parteien standen zur Wahl. Mit 48 Prozent der abgegebenen Stimmen gewann das Bündnis „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DA (Demokratischer Aufbruch) und DSU (Deutsche Soziale Union) die Wahl. Zweitstärkste Partei wurde die SPD mit 21,9 Prozent. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) erhielt 16,4 Prozent, der Bund Freier Demokraten aus DFP, LDP und F.D.P. Die Liberalen 5,3 Prozent und Bündnis 90 2,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,4 Prozent. Die Volkskammerwahl von 1990 war diejenige freie Wahl in der deutschen Geschichte mit der höchsten Wahlbeteiligung. Am 5. April 1990 konstituierte sich die erste frei gewählte Volkskammer der DDR. Sie wählte am 12. April 1990 Lothar de Maizière (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten der DDR.

- http://www.chronikderwende.de/tvchronik_jsp/key=tvc18.3.1990.html
- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/freie-volkskammerwahl>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69143/erste-freie-volkskammerwahl-17-03-2010>

25.03.1965 Bundestag beschließt die Verlängerung der Verjährungsfrist von nationalsozialistischen Verbrechen

Vor dem Hintergrund der nach den Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches unmittelbar bevorstehenden Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen befasste sich der Deutsche Bundestag am 10. März 1965 mit der Frage einer strafrechtlichen Verfolgung der während der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen. Diese Debatte gilt als „Sternstunde des Parlaments“. Sie ist unter dem Begriff „Verjährungsdebatte“ in die Geschichte eingegangen und stellt einen wichtigen Schritt bei der Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch den Deutschen Bundestag dar. Nach erneuter Beratung im Rechtsausschuss wurde am 23. März 1965 mehrheitlich ein Gesetz zur Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen beschlossen. Mit ihm wurde der Beginn der zwanzigjährigen Verjährungsfrist bei der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen vom 8. Mai 1945 auf den 31. Dezember 1949 festgelegt und damit der Zeitraum für ihre strafrechtliche Verfolgung ausgeweitet. Weitere Debatten zur Verlängerung der Verjährungsfristen von NS-Verbrechen folgten. Am 3. Juli 1979 beschloss der Deutsche Bundestag die Verjährung für Völkermord gänzlich aufzuheben.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-modernisierung/bundesrepublik-im-wandel/auschwitz-prozess-und-verjaehrungsdebatte.html>
- https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/24031343_debatten04/199958
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04175.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04170.pdf>

– April –

08.04.1965 Vertrag über die Fusion der Behörden der drei Europäischen Gemeinschaften

Am 8. April 1965 wurde in Brüssel von den Bevollmächtigten Belgiens, der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande der „Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ unterzeichnet. Bis dahin verfügten die drei Europäischen Gemeinschaften – die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – über jeweils eigene Organe. Mit dem Inkrafttreten des Fusionsvertrages zum 1. Juli 1967 verfügten alle drei Gemeinschaften über einen gemeinsamen Rat, eine gemeinsame Kommission, eine gemeinsame Administration und einen gemeinsamen Haushalt, behielten jedoch ihre vertragliche Eigenständigkeit.

- http://www.cvce.eu/content/publication/1999/1/1/d2db5374-7352-42fb-bbf0-cd1d75ac0bbc/publishable_de.pdf
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04194.pdf#P.9857>

09.04.1940 Beginn der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens im Zweiten Weltkrieg

Mit dem Unternehmen „Weserübung“ begann während des Zweiten Weltkriegs am 9. April 1940 die deutsche Besetzung der neutralen Länder Dänemark und Norwegen. In gleichlautenden Noten an die dänische und an die norwegische Regierung begründete die deutsche Reichsregierung ihr militärisches Vorgehen als Präventivmaßnahme gegenüber vorgeblichen Angriffsplänen der Westmächte. Dänemark stand bis 5. Mai 1945 unter deutscher Besetzung, Norwegen bis zur deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/kriegsverlauf/daene-mark>
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/kriegsverlauf/norwegen>

19.04.2005 Wahl von Joseph Kardinal Ratzinger zum Papst

Am zweiten Tag des im Vatikan stattfindenden Konklaves wählten die 115 anwesenden Kardinäle den 78-jährigen deutschen Kurienkardinal Joseph Aloysius Ratzinger im vierten Wahlgang an die Spitze der römisch-katholischen Kirche. Der 265. Papst der Kirchengeschichte nahm den Namen Benedikt XVI. an. Er war der erste deutsche Pontifex seit fast fünfhundert Jahren. Als einer der wenigen Gastredner sprach Papst Benedikt XVI. im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland am 21. September 2009 vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Als erster Papst der Neuzeit kündigt Papst Benedikt am 11. Februar 2013 die Aufgabe seines Pontifikats an. Am 28. Februar 2013 trat er von seinem Amt zurück.

- http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/elezione/index_ge.htm
- <http://hdg.de/lemo/html/biografien/BenediktXVI>
- <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/benedict/benedict/206288>

24.04.1915 Beginn der Vertreibung und Massaker an den Armeniern

In Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, wurden am 24. April 1915 rund 600 führende armenische Intellektuelle verhaftet, aus der osmanischen Hauptstadt abtransportiert und anschließend viele von ihnen ermordet. Mit diesem Schlag gegen die armenische Elite begannen die von türkischer Seite geplanten Deportationen der armenischen Bevölkerung. Wie viele Menschen den Massakern während des Ersten Weltkriegs tatsächlich zum Opfer fielen, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Schätzungen variieren zwischen 800.000 und über 1,5 Millionen Opfern. Seit 2005 wurde die Vertreibung und Vernichtung der Armenier wiederholt im Deutschen Bundestag thematisiert.

- <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184983/genozid-an-den-armeniern>
- <http://www.genocide-museum.am/eng/index.php>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15181.pdf#P.17117>
- <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/056/1505689.pdf>

25.04.1985 Bundestag verabschiedet Gesetz gegen die sogenannte Auschwitz-Lüge

Nach einer mehrere Jahre währenden Debatte verabschiedete der Deutsche Bundestag in seiner Sitzung am 25. April 1985 das 21. Strafrechtsänderungsgesetz, das sich unter anderem gegen die Behauptung einer „Auschwitz-Lüge“ richtete. Mit ihm wurde die Leugnung und Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermordes unter Strafe gestellt. Seitdem wird die Leugnung des Holocaust von Amts wegen als Beleidigung der Opfer verfolgt.

- <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41342/auschwitz-luege>
- http://www.deutschlandfunk.de/leugnen-unter-strafe.871.de.html?dram:article_id=126949
- <http://www.judentum-projekt.de/geschichte/nsverfolgung/auschwitzluege>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10135.pdf>

27.04.1940 Befehl des Reichsführers der SS zur Errichtung eines Konzentrationslagers in Auschwitz

Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 kam es in dem von der Wehrmacht besetzten Teil des Landes zu Massenverhaftungen von oppositionellen Polen und einer damit einhergehenden Überfüllung der örtlichen Gefängnisse. Vor diesem Hintergrund entstand im Amt des SS- und Polizeiführers in Breslau den Plan, ein Konzentrationslager für polnische politische Häftlinge einzurichten. Nach der Inspektion verschiedener Objekte verfügte der Reichsführer der SS Heinrich Himmler (1900-1945) am 27. April 1940 seine Errichtung auf dem Gelände einer ehemaligen polnischen Kaserne nahe der Stadt Oświęcim. Diese war im Oktober 1939 dem Deutschen Reich einverleibt und in Auschwitz umbenannt worden. In der Folgezeit entwickelte sich das KZ-Auschwitz zum Standort des größten Komplexes von Konzentrations- und Vernichtungslagern im Deutschen Reich und den von deutschen Truppen besetzten Gebieten. Es bestand aus drei Hauptlagern mit 39 Außen- und Nebenlagern. Am 20. Mai 1940 überführte die SS die ersten 30 Gefangenen. Sie kamen aus dem KZ-Sachsenhausen und sollten den Kern der so genannten Funktionshäftlinge im künftigen Lager bilden. Am 14. Juni 1940 traf der erste Transport von 728 polnischen politischen Gefangenen und einige Juden aus Tarnów ein. Später folgten Häftlingstransporte aus fast allen von der Wehrmacht eroberten und besetzten Ländern. Ab Frühling 1942 wurden die Juden aus dem von den Nationalsozialisten besetzten Europa nach Auschwitz verschickt, wo sie größtenteils unmittelbar in die Gaskammern getrieben und ermordet wurden. Die neuere Forschung geht von mindestens 1.100.000 Menschen aus, die im KZ-Auschwitz ermordet wurden. Auschwitz gilt heute weltweit als Synonym für den Holocaust. Der Tag der Befreiung des Lagers durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945 wird in Deutschland seit 1996 als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ und weltweit seit 2006 als „Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ begangen.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/voelkermord/vernichtungslager-auschwitz.html>
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/holocaust>
- <http://www.bpb.de/izpb/151942/massenmord-und-holocaust?p=all>
- <http://www.auschwitz.org>
- http://www.yadvashem.org/yv/de/holocaust/about/05/auschwitz_birkenau.asp
- <http://www.sintiundroma.de/sinti-roma/ns-voelkermord/vernichtung.html>

28.04.1915 Erster Internationaler Frauenfriedenskongress

Während des Ersten Weltkriegs fand vom 28. April bis 1. Mai 1915 in Den Haag der erste Internationale Frauenfriedenskongress mit über 1.000 Teilnehmerinnen aus zwölf Ländern statt. Zu seinen Organisatorinnen zählten die deutschen Pazifistinnen Anita Augspurg (1857-1943) und Lida Gustava Heymann (1868-1943). Der Kongress protestierte gegen den Krieg und forderte als Grundlage für eine friedliche Weltordnung Demokratie und Gleichberechtigung. Die Kongressbeschlüsse wurden den europäischen Staatsmännern und dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1856-1924) persönlich überreicht. Das auf dem Kongress gegründete „Internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden“, das 1919 in „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ umbenannt wurde, besteht bis heute fort und hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.

- <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35261/erster-weltkrieg?p=all>
- http://www.deutschlandradiokultur.de/starke-frauen.932.de.html?dram:article_id=128958
- <http://www.dhm.de/lemo/biografie/anita-augspurg>
- <http://www.internationalefrauenliga.de>

30.04.1945 Rückkehr der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin

Am 30. April 1945 kehrte als erste von drei deutschen Emigrantengruppen aus Moskau die „Gruppe Ulbricht“ in den bei Ende des Zweiten Weltkriegs von der Roten Armee eroberten Teil Deutschlands zurück. Sie war benannt nach ihrem Leiter, dem Kommunisten und Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) in der Sowjetunion Walter Ulbricht (1893-1973). Die Aufgabe der Kadergruppe bestand darin, die sowjetische Besatzungsmacht bei der Versorgung der Bevölkerung Berlins und der Neuorganisation des öffentlichen Lebens und der Verwaltung der Stadt zu unterstützen sowie die Gründung von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen vorzubereiten. Ziel war, die Vorherrschaft der moskautreuen Kommunisten sicherzustellen sowie die Weichenstellung für die weitere politische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone vorzunehmen. Als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats in der neu gegründeten Deutschen Demokratischen Republik, erster Generalsekretär der ZK der SED sowie Vorsitzender des neu geschaffenen Nationalen Verteidigungsrats der DDR prägte Ulbricht maßgeblich die politische Entwicklung des zweiten deutschen Staates.

- https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00767/index.html.de
- <https://www.dhm.de/lemo/biografie/walter-ulbricht>

30.04.1990 Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden deutschen Parlamenten

Am 30. April 1990 kamen die Präsidien beider deutscher Parlamente unter der Leitung von Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zu ersten offiziellen Kontakten zunächst im Gebäude der Volkskammer in Ostberlin und danach im Reichstagsgebäude in Westberlin zusammen. Dabei wurde die besondere Verantwortung beider deutscher Parlamente bei der Mitgestaltung des deutschen Einigungsprozesses hervorgehoben und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit auf allen parlamentarischen Ebenen betont. Zur Begleitung der anstehenden Beratungen wurde die Einrichtung eines Ausschusses „Deutsche Einheit“ in beiden Parlamenten vereinbart. In einer gemeinsamen Erklärung wurde bei dieser ersten Begegnung der Präsidien beider deutscher Parlamente eine textgleiche Garantie der polnischen Westgrenze durch beide deutsche Parlamente angeregt. Weitere gemeinsame Sitzungen wurden am 23. Mai 1990 in Bonn, am 20. Juni in Ostberlin und abschließend am 26. Juli 1990 in Bonn abgehalten.

➤ http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=30.04.90&sort=006-000

– Mai –

01.05.1890 1. Mai wird Kampftag der Arbeiterbewegung

Auf Beschluss der Zweiten Internationale wurde der 1. Mai 1890 erstmals als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung begangen. Die Arbeiterschaft wurde aufgerufen, zur gleichen Zeit und in allen Städten für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu demonstrieren. Dem Vorstoß der Weimarer Nationalversammlung, den 1. Mai dauerhaft als gesetzlichen Feiertag zu verankern, war kein Erfolg beschieden. Dazu erklärten ihn erst die Nationalsozialisten. Einen Tag nach dem „Feiertag der nationalen Arbeit“ zerschlugen sie am 2. Mai 1933 allerdings die freien Gewerkschaften als die Begründer dieses Kampftags. Am 27. Februar 1934 wurde er von den Nationalsozialisten per Gesetz zum „Nationalen Feiertag des deutschen Volkes“ erklärt und damit vollständig seiner ursprünglichen Zielsetzungen beraubt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der 1. Mai 1946 durch den Alliierten Kontrollrat bestätigt. Es konnte wieder an die Tradition der Arbeiterbewegung angeknüpft werden. Seitdem ist der 1. Mai in der Bundesrepublik Deutschland ein gesetzlicher Feiertag nach den Feiertagsgesetzen der einzelnen Bundesländer. In der DDR war er als „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus“ der erste Feiertag, der in der dortigen Verfassung verankert wurde.

- <http://www.dgb.de/themen/++co++d199d80c-1291-11df-40df-00093d10fae2>
- <http://www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/1.mai>

04.05.1990 Einführung der 35-Stunden-Woche

Nach langwierigen und von heftigen Arbeitskämpfen begleiteten Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzungen vereinbarten die IG Metall und die Arbeitgebervertreter im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden erstmals in Deutschland die Einführung der 35-Stunden-Woche ab 1995. Von dieser Arbeitszeitverkürzung hatten sich die Arbeitnehmervertreter u.a. einen Abbau der Arbeitslosigkeit versprochen. Die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen sind jedoch umstritten. Aktuell beträgt in Deutschland die tarifliche Wochenarbeitszeit in der Gesamtwirtschaft 37,7 Stunden. In den alten Bundesländern liegt sie mit 37,5 Stunden deutlich unter dem Wert für die neuen Bundesländer von 38,6 Stunden.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-krisenmanagement/bundesrepublik-im-umbruch/arbeitslosigkeit.html>
- <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/155234/angebot-und-nachfrage?p=all>
- <http://www.igmetall.de/vor-30-jahren-arbeitskampf-um-die-35-stunden-woche-13538.htm>
- <http://www.bw.igm.de/static/extra/igmetall/35Stunden.geschichte.pdf>

08.05.1945 Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation aller Teile der Wehrmacht und der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bezeichnete den 8. Mai in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes vor dem Deutschen Bundestag als den „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus. Damit wurde vor 30 Jahren die bis dahin in der Bundesrepublik vorherrschende Interpretation des 8. Mai 1945 als „Tag der Kapitulation“ abgelöst.

- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/70190/8-mai-tag-der-befreiung-04-05-2006>
- http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html;jsessionid=551192323AC2E54126B274FAD75DFEC7.2_cid379

10.05.1940 Beginn des Westfeldzugs im Zweiten Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkriegs begannen deutsche Truppen am 10. Mai 1940 eine Militäroffensive im Westen. Nachdem die Wehrmacht zunächst unter Bruch der Neutralität die Beneluxstaaten überfallen hatte, überschritt sie am 5. Juni die französische Grenze und eroberte am 14. Juni Paris. Der Westfeldzug endete am 22. Juni 1940 mit der Kapitulation Frankreichs. Der Waffenstillstand, der am 25. Juni 1940 in Kraft trat, teilte Frankreich in ein unbesetztes Gebiet im Südosten und in eine deutsche Besatzungszone, die den Großteil Frankreichs im Westen und Norden umfasste. Während der Westoffensive starben rund 27.000 deutsche Soldaten, 18.400 galten als vermisst, etwa 111.000 Mann wurden verwundet. Frankreich hatte rund 92.000 Tote und 200.000 Verwundete zu beklagen. 1,9 Millionen alliierte Soldaten gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/kriegsverlauf/frankreich>
- <http://www.bpb.de/izpb/151934/krieg-und-besatzung-in-ost-und-westeuropa?p=all>

10.05.2005 Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin

Nach zweijähriger Bauzeit wurde am 10. Mai 2005 in Berlin das zuvor vom Deutschen Bundestag beschlossene Denkmal für die ermordeten Juden Europas eröffnet. Zu dem Bau des US-Architekten Peter Eisenman gehört neben 2711 Betonstelen auch ein unterirdischer „Ort der Information“. Bei einem Festakt sagte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die Gedenkstätte sei ein Bekenntnis des geeinten Deutschlands zu seiner Geschichte und keineswegs der steinerne Schlusspunkt unter die Aufarbeitung der Vergangenheit. An der Eröffnung nahmen auch Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzler Gerhard Schröder teil.

- <http://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/denkmal-fuer-die-ermordeten-juden-europas/geschichte-des-denkmals.html>
- <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/14/14048.pdf>

12.05.1965 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel

Nach komplizierten Verhandlungen nahmen am 12. Mai 1965 die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel diplomatische Beziehungen auf. Daraufhin traf am 16. August 1965 Asher Ben-Nathan (1921-2014) als erster Botschafter Israels in der Bundesrepublik Deutschland ein. Der erste Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Rolf Friedemann Pauls (1915-2002), überreichte am 19. August 1965 in Jerusalem dem israelischen Staatspräsidenten Salmaan Schasar (1889-1974) sein Beglaubigungsschreiben.

- <http://www.bpb.de/izpb/25040/40-jahre-deutsch-israelische-beziehungen>
- <https://www.de50il.org/de>
- <http://www.botschaftisrael.de/wp-content/uploads/2013/08/50-Jahre-Deutsch-Israelische-Bez-Tal-Gat.pdf>
- <http://www.goethe.de/ins/il/lp/kul/ser/aus/deindex.htm>
- http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Israel/Bilateral_node.html

16.05.1995 Kreuzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Am 16. Mai 1995 verkündete das Bundesverfassungsgericht seine als „Kruzifix-Urteil“ in die Geschichte eingegangene Entscheidung, die in der Anbringung von Kreuzen oder Kruzifixen in den Unterrichtsräumen staatlicher Pflichtschulen eine Verletzung der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit von Nichtchristen und einen Verstoß gegen die religiöse und weltanschauliche Neutralitätspflicht des Staates gegeben sah. Es erklärte deshalb eine Vorschrift in der Bayerischen Volksschulordnung für nichtig. Diese für das Verhältnis von Staat und Kirche zentrale Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde in der Gesellschaft äußerst kontrovers aufgenommen und führte in der Folgezeit in Bayern zu zahlreichen Demonstrationen.

- <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv093001.html>

17.05.1865 Gründung Internationale Fernmeldeunion

Die „Internationale Fernmeldeunion“ (ITU) geht zurück auf die am 17. Mai 1865 in Paris von 20 Staaten gegründete „Internationale Telegraphen-Union“. Sie ist nach dem 1863 gegründeten Internationalen Roten Kreuz die zweitälteste internationale Organisation. 1947 wurde sie eine Unterorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf. Sie hat gegenwärtig 193 Mitgliedsstaaten. Ziel der ITU ist es, weltweit möglichst viele Menschen an den Vorteilen der Telekommunikation teilhaben zu lassen. Sie fördert deshalb den Ausbau und die nachhaltige Entwicklung von Telekommunikations- und Informationssystemen sowie den Zugang zu diesen Netzen.

- <http://www.itu.int/en/Pages/default.aspx>
- <http://www.itu.int/en/history/Pages/home.aspx>
- <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Digitale-Welt/internationale-dimension,did=360648.html>

17.05.1990 Beschluss der Weltgesundheitsorganisation zur Streichung der Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten

Am 17. Mai 1990 beschloss die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Homosexualität aus ihrem Krankheitskatalog zu streichen. Seitdem wird Homosexualität von den Vereinten Nationen als natürliche Variation der menschlichen Sexualität anerkannt. Zuvor galt die auf das gleiche Geschlecht ausgerichtete Sexualität als psychische Störung, die als therapiebedürftig angesehen wurde.

- <http://www.bpb.de/apuz/32820/homosexualitaet>
- <http://www.who.int/bulletin/volumes/92/9/14-135541/en>

18.05.1990 Unterzeichnung des Staatsvertrags über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Am 18. Mai 1990 wurde im Palais Schaumburg in Bonn der „Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ von den beiden deutschen Finanzministern Theo Waigel und Walter Romberg (1928-2014) unterzeichnet. Der erste Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde am 21. Juni 1990 von beiden deutschen Parlamenten gebilligt. Im Bundestag stimmten 444 Abgeordnete zu, 60 dagegen. In der Volkskammer waren 302 Abgeordnete dafür, 82 dagegen. Am darauffolgenden Tag wurde der Staatsvertrag auch vom Bundesrat verabschiedet. Er trat zum 1. Juli 1990 in Kraft. In seinem Gefolge übernahm die DDR große Teile der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik und führte die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel ein.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/wirtschafts-waehrungs-und-sozialunion.html>
- <http://1989.dra.de/themendossiers/wirtschaft/waehrungs-wirtschafts-und-sozialunion.html>
- <http://www.gesetze-im-internet.de/wwsuvtr>
- <http://www.verfassungen.de/de/ddr/waehrungsunionsvertrag90.htm>

28.05.1890 Gründung Evangelisch-Sozialer Kongress

Der evangelische Theologe und Politiker Adolph Stoecker (1835-1909), der Berliner Kirchenhistoriker Karl-Gustav von Harnack (1851-1930) und der Kathedersozialist Adolph Wagner (1835-1917) gründeten am 28. Mai 1890 in Berlin den „Evangelisch-Sozialen Kongress“ (ESK). Wichtige Ziele dieses hauptsächlich aus Theologen und Nationalökonomien bestehenden Vereins waren die Lösung der sozialen Frage auf der Grundlage der sittlich-religiösen Forderungen des Evangeliums sowie die Zurückdrängung des erstarkenden Einflusses der Sozialdemokratie unter der Arbeiterschaft. Als führende Kraft des liberalen protestantischen Bildungsbürgertums gelang es dem ESK in der Folgezeit, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Obwohl er formal eigenständig blieb, verlor der ESK in der Zeit des Nationalsozialismus an Bedeutung. Nach 1945 gelang es nicht, die Arbeit des ESK wiederzubeleben und fortzuführen.

- http://de.wikipedia.org/wiki/Evangelisch-Sozialer_Kongress

29.05.1865 Gründung Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

Am 29. Mai 1865 vereinigten sich in Kiel die zuvor unabhängig voneinander wirkenden Rettungsvereine zur „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ (GzRS) mit dem gemeinsamen Ziel, in Seenot geratene Menschen zu retten. Damit wurde ein einheitliches und unabhängiges deutsches Seenotrettungswerk geschaffen. Schirmherr ist seit 1949 der Bundespräsident.

- <http://www.150-jahre-seenotretter.de>

29.05.1990 Gründung Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Auf eine Anregung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand (1916-1996) hin unterzeichneten am 29. Mai 1990 in Paris die Bevollmächtigten von 40 Staaten, der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank ein Übereinkommen, das vorsah, eine „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (EBWE) zu errichten. Ziel dieser Entwicklungsbank war die Förderung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in jenen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, die sich zu den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekannten und bereit waren, sich von diesen Prinzipien leiten zu lassen. Das Übereinkommen trat am 28. März 1991 in Kraft. Der Bank wurden 12 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Am 15. April 1991 nahm die Entwicklungsbank ihren Geschäftsbetrieb in London auf. Seit ihrer Gründung bewilligte sie Finanzierungsmittel in Höhe von über 70 Milliarden Euro.

- <http://www.ebrd.com/pages/about/history.shtml>
- http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Entwicklungsbanken/Europaeische_Entwicklungsbanken/europaeische-bank-fuer-wiederaufbau-und-entwicklung-ebwe.html
- http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/multilaterale_ez/akteure/regiobank/ebrd/index.html
- http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Entwicklungsbanken/Europaeische_Entwicklungsbanken/europaeische-bank-fuer-wiederaufbau-und-entwicklung-ebwe.html

31.05.1965 Erste elektronische Briefsortieranlage bei der Deutschen Bundespost

Am 31. Mai 1965 wurde von der Deutschen Bundespost beim Postamt der südwestdeutschen Stadt Pforzheim die erste elektronische Briefsortieranlage der Welt offiziell in Betrieb genommen. Seitdem wird der Zielcode einer Postsendung mittels Matrixcodierung ermittelt und als Strichcode auf die zu versendenden Briefe und Postkarten aufgetragen. Durch diese Rationalisierungsmaßnahme konnte die Postbeförderung beschleunigt und verbessert werden.

- <http://www.postautomation.de/briefbearbeitung.html>
- http://www.briefesammler.com/wt_briefcodierung.htm

– Juni –

08.06.1815 Gründung Deutscher Bund

Am 8. Juni 1815 unterzeichneten 35 deutsche Fürstentümer und vier freie deutsche Städte auf dem Wiener Kongress die Bundesakte. Sie gründeten damit einen lockeren Staatenbund, den „Deutschen Bund“. Einzelne Fürstentümer hatten sich zusammengenagt, um sich gemeinsam besser vor äußeren Bedrohungen schützen und verteidigen zu können. Jeder Bundesstaat hatte eine eigene Verfassung und eigene Gesetze. Einziges Bundesorgan war die Bundesversammlung. Die mit der Entstehung des Deutschen Bundes verbundenen Erwartungen der liberalen, demokratischen und nationalen Kräfte auf Freiheit und nationale Einheit sowie eine demokratische Reichsverfassung und die Zurückdrängung der Herrschaft der Fürsten wurden durch die Schaffung des Deutschen Bundes jedoch nicht eingelöst. Die Bedeutung der Bundesakte hatte nicht nur eine deutsche, sondern gleichzeitig auch eine europäische Dimension. Sie restaurierte nach der Niederlage Napoleons (1769-1821) die alten, monarchischen Herrschaftsverhältnisse auf dem europäischen Kontinent.

- http://www.preussenchronik.de/begriff_jsp/key=begriff_deutscher+bund.html
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/vormaerz-und-revolution>

14.06.1985 Unterzeichnung Schengener Abkommen

Nach vorangegangenen Konsultationen und Initiativen wurde am 14. Juni 1985 im luxemburgischen Grenzzort Schengen das „Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen“ unterzeichnet. Dieses erste Abkommen über den Abbau der Kontrollen an den Staatsgrenzen der EU-Mitgliedstaaten enthielt jedoch nur Absichtserklärungen. Die Aufhebung der Binnengrenzkontrollen wurde erst mit dem „Schengener Durchführungsübereinkommen“ (SDÜ) vom 19. Juni 1990 geregelt. Zehn Jahre nach seiner Unterzeichnung trat das sogenannte „Schengener Abkommen zur Beendigung systematischer Grenzkontrollen zwischen sieben Staaten der Europäischen Union“ am 26. März 1995 in Kraft. Durch das Schengen-Protokoll zum Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 wurde die Schengen-Zusammenarbeit mit Wirkung vom 1. Mai 1999 in weiten Bereichen in die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft überführt. Nach mehreren Erweiterungen zählen zum Schengen-Raum inzwischen 22 EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein.

- <http://hdg.de/lemo/html/WegeInDieGegenwart/DeutschlandInEuropa/schengenerAbkommen.html>
- <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/302572/publication-File/13177/UmbenennungBGS.pdf>
- <http://www.eu-info.de/europa/schengener-abkommen>
- http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/Schengen_node.html

17.06.1995 Beginn der Reichstagsverhüllung

Die Idee zur Verhüllung des Berliner Reichstagsgebäudes hatte das bulgarisch-französische Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude bereits seit 1971 verfolgt. Über Jahre hinweg waren sie damit jedoch bei den Mitgliedern des Deutschen Bundestages mehrheitlich auf Ablehnung gestoßen. Nachdem sich schließlich am 25. Februar 1994 die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach einer kontroversen Debatte in namentlicher Abstimmung und über alle Fraktionsgrenzen hinweg für das Projekt „Wrapped Reichstag (Project for Berlin)“ der Aktionskünstler ausgesprochen hatten, begann am 17. Juni 1995 die Verhüllung des Reichstagsgebäudes. Die Kunstaktion war am 24. Juni vollendet. Mehr als fünf Millionen Menschen besuchten bis zum 7. Juli das vollständig umhüllte Reichstagsgebäude, das nach dem Ende der Aktion zum Sitz des Deutschen Bundestages umgebaut wurde.

- <http://christojeanneclaude.net/projects/wrapped-reichstag>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12211.pdf#P.18275>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/067/1206767.pdf>
- <http://www.stiftung-doku-verhüllter-reichstag.de>

17. Juni Nationaler Gedenktag an den Volksaufstand von 1953 in der DDR

Ausgelöst durch die von der SED beschlossene Steigerung der Arbeitsnormen um 10 Prozent entlud sich in den Tagen um den 17. Juni 1953 die wachsende Unzufriedenheit mit der Lebenssituation in der DDR in landesweiten Streiks, Demonstrationen und Protesten gegen die kommunistische Staatsführung. In Ost-Berlin und ca. 400 weiteren Städte der DDR gingen Tausende von Menschen auf die Straße, um ihren Forderungen nach Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie nach mehr politischer Freiheit und demokratischer Teilhabe Ausdruck zu geben. Der Aufstand wurde unter Verhängung des Ausnahmezustands und Ausrufung des Kriegsrechts gewaltsam niedergeschlagen. Zahlreiche Menschen wurden getötet. Der 17. Juni, in der Bundesrepublik Deutschland durch Gesetz vom 4. August 1953 zum „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt und vom Bundespräsidenten am 17. Juni 1963 zum nationalen Gedenktag des deutschen Volkes proklamiert, wurde bis 1990 als gesetzlicher Feiertag begangen. Vor 25 Jahren kamen am 17. Juni 1990 die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR im damaligen Schauspielhaus in Ostberlin zusammen, um gemeinsam des Volksaufstandes zu gedenken. Nach der friedlichen Revolution in der DDR wurde der 3. Oktober 1990, der Tag des Beitritts der DDR-Länder zur Bundesrepublik, zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Er löste damit den 17. Juni als Nationalen Feiertag der Deutschen ab. Der 17. Juni ist jedoch weiterhin Nationaler Gedenktag, da die Proklamation des Bundespräsidenten nach wie vor Gültigkeit hat.

- <http://www.17juni53.de/home/index.html>
- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/17Juni1953/17Juni1953_node.html
- http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2013/17_Juni_1953.pdf

19.06.1965 Internationaler Kongress der Eltern von Contergan-Kindern in Köln

Mit der ersten Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Folgen des Schlafmittels Contergan wurde einer der größten Medizinskandale in Deutschland bekannt. Die Einnahme des Medikaments während der Frühschwangerschaft hatte weltweit bei rund 10.000 Kindern zu teils schweren Missbildungen an Armen und Beinen, Augen und Ohren, inneren Organen und Genitalien geführt. In der Bundesrepublik waren davon etwa 4.000 bis 5.000 Neugeborene betroffen. Daraufhin trafen sich am 19. und 20. Juni 1965 die Eltern von 4000 „Contergan-Kindern“ in Köln zum ersten internationalen Kongress körpergeschädigter Kinder, um die Probleme medikamentengeschädigter Kinder sowie Fragen der Schadenshaftung zu erörtern. Zur Regelung der Entschädigung der Opfer des Contergan-Skandals beschloss der Deutsche Bundestag am 4. November 1971 die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die am 31. Oktober 1972 unter dem Namen Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ ins Leben gerufen und 2005 in „Conterganstiftung für behinderte Menschen“ umbenannt wurde.

- <http://www.gruenenthal-opfer.de/Contergan>
- http://www1.wdr.de/themen/archiv/sp_contergan/index.html
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/06/06148.pdf>
- <http://www.gesetze-im-internet.de/contstifg/index.html>

20. Juni Nationaler Gedenktag an die Opfer von Flucht und Vertreibung

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 27. August 2014 beschlossen, ab dem Jahr 2015 jährlich am 20. Juni, dem „Weltflüchtlingstag“, einen nationalen „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zu begehen. Dieser Gedenktag soll das Flüchtlingsgedenken um das Schicksal der Vertriebenen erweitern. Damit wird eine Initiative aus den Reihen des Parlaments aufgegriffen und eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages umgesetzt, künftig des Schicksals der weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung sowie der im Gefolge des Zweiten Weltkriegs vertriebenen Deutschen zu gedenken.

- <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2014/08/gedenktag-fuer-die-opfer-von-flucht-und-vertreibung.html>
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/33306693_kw06_de_vertriebene/204552

21.06.1990 Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch beide deutschen Parlamente

Am 21. Juni 1990 verabschiedeten der Deutsche Bundestag und die Volkskammer der DDR gleichlautende Resolutionen zur Anerkennung der bestehenden Oder-Neiße-Grenze zu Polen. Sie waren zwar völkerrechtlich nicht bindend, aber eine politische Festlegung, die das letzte Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit beseitigte, wie dies die Zwei-plus-Vier-Konferenz gefordert hatte. Der Bundestag nahm die EntschlieÙung in namentlicher Abstimmung mit 487 Ja- und 15 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen an, in der Volkskammer stimmten sechs Abgeordnete dagegen, 18 enthielten sich der Stimme.

- <http://europa.deutschlandfunk.de/2013/05/02/die-oder-neise-grenze-eine-chronik/3>
- <http://www.bpb.de/izpb/10297/verhandlungen-mit-den-vier-maechten?p=all>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11217.pdf>
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1016.pdf>

28.06.1840 Errichtung des weltweit ersten Kindergartens in Deutschland

Im Rathaus im thüringischen Bad Blankenburg wurde am 28. Juni 1840 der „Allgemeine Deutsche Kindergarten“ eröffnet. Die Initiative zur Gründung des weltweit ersten Kindergartens ging zurück auf den Pfarrerssohn und Pädagogen Friedrich Wilhelm August Fröbel (1782–1852), der zur frühkindlichen Erziehung die Einrichtung sogenannter „Kindergärten“ in ganz Deutschland anstrebte. Die reformerischen Erziehungsvorstellungen Fröbels stießen bei der preußischen Regierung jedoch schon bald auf Ablehnung. Sie verbot 1851 sämtliche Kindergärten, da ihr die öffentliche Kindererziehung im Sinne des Reformers zu freigeistig und zu wenig streng erschien. Die Kindergärten wurden als „atheistisch und demagogisch“ verboten und erst 1860 wieder zugelassen.

- <http://www.wasistwas.de/sport-kultur/die-themen/artikel/link//51daf248a6/article/friedrich-froebel-ein-leben-fuer-die-kinder.html>
- <http://froebel-museum.de/pages/de/startseite.php>

28.06.1940 Beginn der Umsiedlung der deutschstämmigen Minderheit aus Rumänien im Zweiten Weltkrieg

Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Bessarabien am 28. Juni 1940 begann die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha in das Deutsche Reich. Sie war das Ergebnis der zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im Gefolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts („Hitler-Stalin-Pakt“) von 1939 vereinbarten territorialpolitischen Neuordnung Südosteuropas. In einem vertraulichen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 hatten beide Länder eine „grundsätzliche Übereinkunft über die Möglichkeiten einer sich aus der Interessenabgrenzung ergebenden Bevölkerungsumsiedlung“ beschlossen. Auf dieser Grundlage vereinbarten das Deutsche Reich und die Sowjetunion am 5. September 1940 für Bessarabien und die Nordbukowina sowie das Deutsche Reich und Rumänien am 22. Oktober 1940 für die Südbukowina und die Dobrudscha großangelegte Umsiedlungsaktion, bei der zwischen September und Dezember 1940 insgesamt rund 187.000 Deutschstämmige in das Deutsche Reich umgesiedelt wurden.

- <http://www.kulturforum.info/de/article/1011607.vlkische-flurbereinigung.html>
- http://www.bessarabien.de/umsiedlung_flucht.php
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/aussenpolitik/umsiedlung-aus-der-bukowina.html>

29.06.1990 Beschluss der internationalen Ozonschutzkonferenz zum Verbot der Herstellung von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW)

Bei der ersten internationalen Ozonschutzkonferenz 1987 in Montreal hatten sich die Teilnehmerländer bereits darauf verständigt, ihre Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) bis 1999 schrittweise auf 50 % zu reduzieren. Zum Abschluss der vom 29. Juni bis 1. Juli 1990 in London stattfindenden zweiten internationalen Ozonschutzkonferenz beschlossen die Umweltminister aus 89 Staaten sowie die EU-Kommission, die Herstellung der für die Zerstörung der Ozonschicht in erheblichen Maße verantwortlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffe bis zum Jahr 2000 gänzlich zu stoppen. Ein früherer Ausstiegstermin war am Einspruch Großbritanniens gescheitert.

- http://ozone.unep.org/new_site/en/Treaties/treaties_decisions_hb.php?dec_id_anx_auto=780
- <http://www.bmub.bund.de/themen/luft-laerm-verkehr/luftreinhal-tung/ozonschicht-ozonloch/chronologie-der-massnahmen>
- http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/ozon_wien_1985mont-real_1987_970.htm

30.06.1965 Eröffnung der Ruhr-Universität in Bochum

Mit einem Festakt im städtischen Schauspielhaus wurde am 30. Juni 1965 die Ruhr-Universität Bochum (RUB) eröffnet. Sie war als eine den sich verändernden Rahmenbedingungen anpassende Reformuniversität konzipiert worden. Neu waren vor allem die an der Ruhr-Universität Bochum vorgenommene Ablösung der üblichen Fakultätsstruktur zugunsten der Schaffung von fächerübergreifenden Abteilungen, die interdisziplinären Austausch und Zusammenarbeit fördern sollten, und die Eingliederung der Ingenieurwissenschaften. Der Verflechtung der Wissenschaftsdisziplinen sollte auch die Ansiedlung der gesamten Universität auf einem gemeinsamen Campus dienen. Die Errichtung von tutorenbetreuten Wohnheimen auf dem Universitätsgelände zielte schließlich auf den fachlichen Austausch zwischen Studierenden verschiedener Disziplinen. Die noch junge Ruhr-Universität Bochum zählt inzwischen zu den zehn größten Universitäten in Deutschland.

- http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=495&url_tabelle=tab_websegmente
- <http://www.ruhr-uni-bochum.de>

– Juli –

01.07.1890 Abschluss Helgoland-Sansibar-Vertrag

Im Ergebnis der Kolonialverhandlungen zwischen Deutschland und England kam es am 1. Juli 1890 zum Abschluss des „Vertrags zwischen Deutschland und England über die Kolonien und Helgoland“, der als „Helgoland-Sansibar-Vertrag“ bekannt wurde. Mit diesem Vertrag erwarb das Deutsche Reich im Austausch gegen koloniale Besitzungen in Afrika von Großbritannien die Insel Helgoland. Damit war es dem Kaiserreich gelungen, eine strategisch wichtige Insel vor der Elbmündung und dem westlichen Ausgang des in Bau befindlichen Nordostseekanals zu erlangen.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/aussenpolitik.html>
- http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_zwischen_Deutschland_und_England_%C3%BCber_die_Kolonien_und_Helgoland
- <http://www.traditionsverband.de/download/pdf/helgoland.pdf>

01.07.2005 Bundeskanzler Gerhard Schröder verliert im Bundestag Abstimmung über Vertrauensfrage

Nachdem bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 die letzte rot-grüne Koalition auf Landesebene abgewählt worden war, kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder noch am Wahlabend an, Neuwahlen anzustreben. Um die dazu erforderliche vorzeitige Auflösung des Deutschen Bundestages zu erreichen, wählte Schröder den Weg über die Vertrauensfrage. Am 27. Juni 2005 übermittelte der Bundeskanzler dem Bundestag seinen Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen. Der Deutsche Bundestag befasste sich in seiner Sitzung am 1. Juli 2005 mit dieser zweiten von Bundeskanzler Schröder gestellten Vertrauensfrage. Bei der namentlichen Abstimmung wurde dem Bundeskanzler das Vertrauen entzogen. Von den 595 Abgeordneten, die eine gültige Stimme abgegeben hatten, stimmten 151 mit Ja, 296 mit Nein und 148 enthielten sich. Damit hatte der Antrag des Bundeskanzlers die erforderliche Mehrheit von mindestens 301 Ja-Stimmen nicht erreicht. Daraufhin löste Bundespräsident Horst Köhler den Deutschen Bundestag auf und eröffnete damit den Weg zu Neuwahlen. Diese fanden am 18. September 2005 statt.

- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/32714943_misstrauensvotum07/204182
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/15/058/1505825.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15185.pdf#P.17465>

11.07.1995 Beginn des Massakers von Srebrenica

Während des Bosnienkriegs fielen am 11. Juli 1995 serbische Einheiten in die bosnische Muslimeklave Srebrenica ein und töteten bei Massenhinrichtungen in den darauffolgenden Tagen rund 8.000 Muslime. Das von serbischen Nationalisten begangene Massaker, welches auf die Schaffung eines ethnisch homogenen serbischen Staates abzielte, wurde inzwischen durch den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien sowie den Internationalen Gerichtshof als Völkermord klassifiziert. Es gilt als schwerstes Kriegsverbrechen in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2009 wurde der 11. Juli zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Massakers von Srebrenica“ erklärt. Mit diesem europäischen Gedenktag soll der dort ermordeten muslimischen Männer und Jungen gedacht werden sowie aller Menschen, die während des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien Opfer von Gewalttaten geworden sind.

- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68769/das-massaker-von-srebrenica-11-07-2011>
- <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2009-0028&language=DE&ring=B6-2009-0025>

16.07.1990 Konstituierung der Treuhandanstalt

Am 16. Juli 1990 konstituierte sich in der DDR die „Treuhandanstalt“. Ihre Einrichtung ging zurück auf einen Beschluss des Ministerrats der DDR vom 1. März 1990 sowie das von der Volkskammer der DDR am 17. Juni 1990 beschlossene „Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)“. Die Treuhandanstalt hatte die Aufgabe, das volkseigene Vermögen der DDR nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zu reorganisieren und zu privatisieren. Ihre Tätigkeit endete am 31. Dezember 1994. Nach Auflösung der Treuhandanstalt gingen deren Aufgaben zum 1. Januar 1995 auf ihre Nachfolgeorganisation, die „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“, über.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/baustelle-deutsche-einheit/treuhand.html>
- <http://hdg.de/lemo/html/WegeInDieGegenwart/FolgenDerDeutschenEinheit/treuhandanstalt.html>
- <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40389/treuhandanstalt?p=all>
- http://1989.dra.de/no_cache/themendossiers/wirtschaft/treuhand.html?tx_weeaardra_pi1%5Bfhash%5D=fbf29b4cffc7447add-abd4813ea66801&tx_weeaardra_pi1%5Buseuid%5D=748
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1015.pdf>
- http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/nachfolgeorganisationen-der-treuhandanstalt.html

17.07.1945 Potsdamer Konferenz

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 trafen sich die Regierungschefs der „Anti-Hitler-Koalition“ des Zweiten Weltkriegs Josef Stalin (Sowjetunion), Harry S. Truman (USA) und Winston Churchill (Großbritannien) im Potsdamer Schloss Cecilienhof, um nach der Niederlage Deutschlands über die Neuordnung Europas sowie die künftige Stellung Deutschlands in der Völkergemeinschaft zu beraten. Das zum Abschluss der Konferenz am 2. August 1945 verabschiedete Kommuniqué – im historischen Rückblick „Potsdamer Abkommen“ genannt – beinhaltete einen Minimalkonsens der beteiligten Staaten über Deutschlands Stellung im Nachkriegseuropa. In den Verhandlungen wurde sehr bald klar, dass die ehemals durch den Krieg gegen das Deutsche Reich Verbündeten inzwischen zu Konkurrenten um die Vorherrschaft in Europa geworden waren. Die auf der Potsdamer Konferenz getroffenen Beschlüsse zielten auf die Demokratisierung Deutschlands und die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetzgebung. Kriegsverbrecher sollten verurteilt werden, die nationalsozialistische Partei (NSDAP) und ihre Gliederungen verboten und aufgelöst, Nationalsozialisten aus wichtigen Positionen entfernt und eine dezentralisierte Verwaltung aufgebaut werden. Frankreich, das zu den Beratungen nicht eingeladen worden war, trat den Potsdamer Beschlüssen am 7. August 1945 bei.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/befreiung-und-besatzung/potsdamer-konferenz.html>
- http://www.bpb.de/themen/WF6ATL,0,Potsdamer_Konferenz.html
- http://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/nachkriegszeit/stunde_null/potsdamer_konferenz.jsp
- <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

20. Juli Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

Am Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 durch Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944) und seine Mitverschwörer werden zur Erinnerung an den militärischen und zivilen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Berlin jedes Jahr an historischen Orten des Umsturzversuches Gedenkfeiern veranstaltet. So finden in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock (ehemaliger Sitz des Oberkommandos des Heeres, in dessen Ehrenhof die am Umsturzversuch beteiligten Offiziere erschossen wurden) sowie in der Gedenkstätte Plötzensee (ehemaliges Strafgefängnis und Hinrichtungsstätte) eine Feierstunde und eine Kranzniederlegung unter Beteiligung der Bundeswehr statt.

- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/20Juli1944/20Juli1944_node.html

22.07.1990 Verabschiedung des Ländereinführungsgesetzes

Das am 22. Juli 1990 durch die frei gewählte Volkskammer der DDR verabschiedete „Ländereinführungsgesetz“ stellte die in der Deutschen Demokratischen Republik 1952 abgeschafften Länder wieder her. Die Volkskammer wandelte die bisherigen 14 DDR-Bezirke in fünf neue Länder um. Nach umfangreichen Vorarbeiten durch das DDR-Ministerium für regionale und kommunale Angelegenheiten, die vor allem Fragen der Struktur und der Zahl der wieder einzuführenden Länder betrafen, sah das beschlossene Ländereinführungsgesetz ab 3. Oktober fünf neue Bundesländer vor: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der Beschluss trat nach der staatlichen Vereinigung und den ersten Landtagswahlen am 14. Oktober in Kraft.

- http://hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_gesetzLaenderein-fuehrungsgesetz/index.html
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1027.pdf>
- <http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr90-laeefinf.htm>

29.07.1890 Gründung Theaterverein Freie Volksbühne

Am 29. Juli 1890 wurde in Berlin als erste große kulturpolitische Organisation der deutschen Arbeiterbewegung der Theaterverein Freie Volksbühne gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen rund 2.000 Personen teil, in erster Linie Arbeiter, aber auch zahlreiche Intellektuelle und Schriftsteller. Ziel des Vereins war es, durch den Verkauf von verbilligten Theaterkarten sozial schwächer gestellten Bevölkerungsgruppen den Zugang zum kulturellen Leben zu ermöglichen. Die Berliner Vereinsgründung wurde die Geburtsstätte der Volksbühnenbewegung, die in den gesamten deutschsprachigen Raum ausstrahlte. In der Folgezeit entstanden Volksbühnen in zahlreichen weiteren Städten in Deutschland und in Österreich. In Berlin wurde am 30. Dezember 1914 der von der Volksbühnenbewegung beförderte Bau eines eigenen „Volkskunsthause“ eröffnet, die noch heute bestehende „Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz“. Sie war damals das größte und modernste Theater der Stadt. Mitte der zwanziger Jahre erreichte der Berliner Verein mit fast 160.000 Mitgliedern seinen Höchststand. Noch heute gibt es rund 60 Volksbühnen mit annähernd 120.000 Mitgliedern in Deutschland, die über eine Million der Theaterbesuche in jeder Spielzeit stellen.

- <http://www.volksbuehne-kiel.de/index.php/wir-ueber-uns/volksbuehne-historisch>
- <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt00/0004proi.htm>
- http://www.volksbuehne-berlin.de/praxis/festakt_120_jahre_volksbuehnenbewegung
- https://www.lustaufkultur.de/wir_ueber_uns/volksbuehnen/index.html

– August –

06.08.1945 Atombombenabwurf auf Hiroshima

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs im Pazifik ließ der amerikanische Präsident Harry S. Truman (1884-1972) am 6. August 1945 auf die japanische Stadt Hiroshima die erste Atombombe abwerfen. Bei diesem Kernwaffeneinsatz starben etwa 110.000 Menschen. Rund achtzig Prozent der Stadt wurden völlig zerstört. Drei Tage später erfolgte der zweite Atombombenabwurf auf die Stadt Nagasaki. Kurz darauf gab Japan am 15. August 1945 seine Kapitulation bekannt. Damit war der Zweite Weltkrieg auch in Asien beendet. Die genaue Zahl der Opfer der beiden bisher einzigen Atomwaffeneinsätze in der Geschichte der Menschheit ist bis heute nicht bekannt. Schätzungen gehen davon aus, dass sechzig Jahre nach dem Abwurf der beiden Atombomben etwa 238.000 Menschen an den direkten oder indirekten Folgen dieser Massenvernichtungswaffe gestorben sind.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/krieg-im-pazifik.html>
- <http://www.pcf.city.hiroshima.jp/virtual/img/pamphlet/German.pdf>

13.08.1940 Beginn des Luftkriegs um England im Zweiten Weltkrieg

Nachdem Hitler am 16. Juli 1940 den Befehl zur Invasion Englands erteilt hatte, begann am 13. August mit der Operation „Adlertag“ der Luftkrieg gegen England. Zwischen Sommer 1940 und Anfang 1941 versuchte die deutsche Luftwaffe mit Bombeneinsätzen gegen das britische Militär und Angriffen gegen britische Städte die Kapitulation Großbritanniens zu erzwingen oder wenigstens die Invasion der Insel vorzubereiten. Nach dem Verlust von über 2.200 deutschen Maschinen wurde der Bombenkrieg im Frühjahr 1941 eingestellt. Nach den vorangegangenen erfolgreichen „Blitzkriegen“ war der gescheiterte Luftkrieg gegen England die erste militärische Niederlage Hitlers. Die Bombardierung englischer Städte – die Stadt Coventry wurde bei einem Angriff der deutschen Luftwaffe am 14. November 1940 nahezu vollständig zerstört – diente im weiteren Kriegsverlauf den Engländern und Amerikanern auch zur Rechtfertigung ihrer Bombenangriffe gegen deutsche Städte. Der Bombenkrieg um England war die bis dahin größte Abfolge von Luftkriegshandlungen in der Geschichte.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/kriegsverlauf/seeloewe>
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/kriegsverlauf/luftkrieg>

19.08.1965 Urteil im Auschwitz-Prozess

Das Frankfurter Schwurgericht verurteilte nach 182 Verhandlungstagen im ersten Auschwitz-Prozess am 19. August 1965 sechs Angeklagte zu lebenslangem Zuchthaus und elf Angeklagte zu Freiheitsstrafen bis zu 14 Jahren. Bis zur Schließung der Beweisaufnahme hatte das Schwurgericht 357 Zeugen vernommen, von denen 211 Überlebende des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz waren. In dem größten Strafgerichtsprozess der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde mehr als je zuvor über das Terrorsystem der Konzentrationslager in der Zeit des Nationalsozialismus bekannt.

- <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41861/straf-rechtsbewusstsein-seit-auschwitz?p=all>
- <http://www.auschwitz-prozess-frankfurt.de/index.php?id=5>
- <http://www.fritz-bauer-institut.de/auschwitz-prozess-ausstellung.html>

23.08.1990 Beschluss der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland

In einer Sondersitzung vom 22. auf den 23. August 1990 beschloss die Volkskammer der DDR mit 294 Ja-Stimmen, bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (GG) nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober 1990. In der dramatischen Nachtsitzung war das erste frei gewählte Parlament der DDR einem Antrag von CDU/DA, SPD, FDP und DSU gefolgt und beschloss damit das Ende der Deutschen Demokratischen Republik. Der Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten wurde am 31. August 1990 in Ostberlin unterzeichnet.

- http://hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_erklaerungVolkskammerZurWiedervereinigung/index.html
- <http://www.dw.de/die-volkskammer-beschlie%C3%9Ft-das-ende-der-ddr/a-5874285>
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1030.pdf>
- <http://www.dw.de/die-volkskammer-beschlie%C3%9Ft-das-ende-der-ddr/a-5874285>

23. August Europäischer Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus

Die Einrichtung des Gedenktags geht auf eine Forderung der von Václav Havel, Joachim Gauck sowie weiteren prominenten europäischen Persönlichkeiten unterzeichneten „Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus“ (Prague Declaration on European Conscience and Communism) vom 3. Juni 2008 zurück. In ihr wurde u.a. eine europaweite Verurteilung der unter nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft begangenen Verbrechen gefordert. 2009 machte sich das Europäische Parlament die Forderung zu eigen und beschloss, den 23. August – den Tag, an dem 1939 in Moskau der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt („Hitler-Stalin-Pakt“) unterzeichnet wurde – zum Europäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nationalsozialistischen Verbrechen zu erklären, um an die Opfer aller totalitären europäischen Diktaturen im 20. Jahrhundert zu erinnern.

- http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?reference=P6_TA%282008%290439&language=DE
- http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/img/Gedenktage/GO_5.2_Prager_Erklaerung.pdf

24.08.1990 Volkskammer der DDR beschließt erstes Stasiunterlagengesetz

Nachdem die Volkskammer der DDR am 7. Juni 1990 einen „Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“ eingesetzt hatte, verabschiedete sie am 24. August 1990 das „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“. Ziel dieses noch in der Endphase der DDR entstandenen ersten Stasiunterlagengesetzes war neben der Sicherung der Stasiakten ihre Öffnung für die politische, juristische und historische Aufarbeitung der SED-Diktatur. Nach Auffassung der Volkskammer sollte dieses Gesetz Bestandteil des Einigungsvertrages werden. Damit befand sie sich jedoch im Gegensatz zu den damaligen Vorstellungen der bundesdeutschen Verhandlungsseite. Daraufhin besetzten Bürgerrechtler am 4. September 1990 die ehemalige Stasizentrale in Berlin und forderten, den Einigungsvertrag entsprechend zu ändern. In einer protokollarischen Zusatzklausel wurde der Volkskammer schließlich zugesichert, dass der Bundestag ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen würde. Das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ wurde am 14. November 1991 vom gesamtdeutschen Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet. Es ist die rechtliche Grundlage der „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU).

- http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Chronik_der_Behoerde/wissen-wie-es-war_chronologie.html
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/36573262_kw46_stasi_unterlagen/206914
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1032.pdf>
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/drucksachen/100165a.pdf>

28. August Tag der Russlanddeutschen

Der „Tag der Russlanddeutschen“ wurde 1982 gemeinsam von der deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und der Landsmannschaft der Russlanddeutschen ausgerufen. Er erinnert an die nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR vom Obersten Rat der Sowjetunion am 28. August 1941 angeordnete Deportation der rund 439.000 Wolgadeutschen nach Sibirien, Kasachstan und Altai. In dem entsprechenden Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR wurden die Wolgadeutschen der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland bezichtigt. Von den Vertreibungsmaßnahmen waren neben den Wolgadeutschen auch zahlreiche russische Staatsbürger deutscher Herkunft aus anderen Sowjetrepubliken betroffen. Im Zuge der Verfolgungsmaßnahmen wurden etwa 1.200.000 Russlanddeutsche zwangsweise umgesiedelt und zur Zwangsarbeit verpflichtet; Schätzungen zufolge sind ca. 70.000 Russlanddeutsche in den Arbeitslagern verstorben. Die Deportation der Sowjetdeutschen war eine der größten Umsiedlungsaktionen während des Zweiten Weltkriegs und die zweitgrößte in der Geschichte der Sowjetunion.

- http://ornis-press.de/files/bergner_gedenkrede_30._august_2008.pdf
- <http://lmdr.de>

– September –

1. September Antikriegstag

In Deutschland wird alljährlich am 1. September der Antikriegstag begangen. Er erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall der Wehrmacht des Deutschen Reiches auf Polen am 1. September 1939. Die Initiative für diesen Gedenk- und Aktionstag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ dazu aufrief und bis heute an diesem Tag Kundgebungen und Veranstaltungen durchführt, um über die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen von Kriegen zu informieren.

- <http://www.dgb.de/themen/++co++e3b83848-e573-11e2-b470-00188b4dc422>

03.09.1945 Beginn der „Bodenreform“ in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ)

Als erstes Land der Sowjetzone erließ Sachsen-Anhalt am 3. September 1945 eine Verordnung über die „Bodenreform“. Am 6. September wurde eine gleichlautende Verordnung von der Provinzialverwaltung in Brandenburg, am 7. September von der Landesverwaltung Mecklenburg, am 11. September in Sachsen und am 12. September in Thüringen erlassen. Die auf Betreiben der sowjetischen Militäradministration und nach den politischen Vorstellungen der KPD unter Billigung der Ost-SPD verabschiedeten Verordnungen zur Bodenreform bedeuteten eine entschädigungslose Enteignung von rund 14.000 landwirtschaftlichen Großbetrieben. Sie betrafen rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ. Das Land wurde zunächst an Landarbeiter, Vertriebene und Kleinbauern übergeben. Die dabei entstandenen kleinbäuerlichen Betriebe schlossen sich in den fünfziger Jahren teils freiwillig, häufig aber unter Zwang zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammen. Die im Einigungsvertrag getroffene Feststellung, dass die auf besatzungsrechtlicher Grundlage erfolgten Enteignungen nicht mehr rückgängig zu machen sind, wurde vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen bestätigt.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/anfaenge-der-planwirtschaft.html>
- <http://hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/WiederaufbauUndWirtschaft/bodenUndIndustriereform.html>
- <http://www.bpb.de/izpb/10057/infrastruktur-und-gesellschaft-im-zerstoerten-deutschland?p=all>

05.09.1915 Zimmerwalder Konferenz

Im schweizerischen Zimmerwald fand von 5. bis 8. September 1915 die erste internationale Konferenz sozialdemokratischer und sozialistischer Kriegsgegner statt. An ihr nahmen 38 Vertretern von Parteien und Gruppen aus 11 europäischen Ländern teil. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten ein Manifest, das die Beendigung des Ersten Weltkriegs und einen Frieden ohne Annexionen forderte, die Unterstützung des Kriegs durch Sozialdemokraten und Sozialisten scharf kritisierte und zur Aufkündigung der Burgfriedenspolitik aufrief. Die von einzelnen Teilnehmern geforderte Umwandlung des imperialistischen Kriegs in einen Bürgerkrieg fand auf der Konferenz keine Mehrheit. Die revolutionäre sozialistische Bewegung, die sich auf dieser Konferenz um Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) gruppierte und rückblickend als „Zimmerwalder Linke“ bezeichnet wurde, gilt als die Geburtsstunde und Keimzelle der internationalen kommunistischen Weltbewegung. Mit ihr begann die organisatorische Spaltung der internationalen wie auch der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung.

- <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17330.php>
- <http://www.history.com/this-day-in-history/zimmerwald-conference-issues-a-call-for-immediate-peace>

12.09.1990 Unterzeichnung Zwei-plus-Vier-Vertrag

Die seit Mai 1990 über die zukünftige Stellung Deutschlands in der Völkergemeinschaft beratenden „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ endeten mit einer Außenministerkonferenz in Moskau am 12. September 1990. Dort wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einerseits sowie zwischen Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion andererseits unterzeichnet. Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag verzichteten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs auf ihre Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland. Das vereinte Deutschland erhielt volle Souveränität. Zugleich wurden die Grenzen des wiedervereinigten Deutschland endgültig festgeschrieben. Der Vertrag wurde am 5. Oktober vom Deutschen Bundestag ratifiziert. Er trat am 15. März 1991, dem Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde, mit einer offiziellen Zeremonie in Kraft.

- <http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/Wiedervereinigung/zweiPlusVierGespraech.html>
- <http://1989.dra.de/themendossiers/politik/zwei-plus-vier-vertrag.html>
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/30920464_wegmarken_einheit7/202422
- http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/Geschichte/ZweiPlusVier/ZweiPlusVier_node.html
- <http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/zwei-plus-vier-vertrag>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11229.pdf#P.18100>

13.09.1990 Deutsch-sowjetischer Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse (1928-2014) paraphierten am 13. September 1990 in Moskau den „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Dieser erste internationale Vertrag des vereinten Deutschlands diente der Aussöhnung zwischen Deutschland und den Völkern der Sowjetunion sowie der zukünftigen Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Unterzeichnung fand exakt ein Jahr nach dem Mauerfall am 9. November 1990 beim Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow im wiedervereinigten Deutschland statt. Der Vertrag wurde am 25. April 1991 vom Deutschen Bundestag ratifiziert und trat zum 5. Juli 1991 in Kraft.

- http://www.freiheit-und-einheit.de/Webs/Einheit/DE/Startseite/startseite_node.html?id=848430
- <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/opfer/Start/Detail/id/1300133/page/2>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12023.pdf#P.1474>

15.09.1935 Verabschiedung „Nürnberger Rassegesetze“

Auf dem Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in Nürnberg wurden am 15. September 1935 zwei Rassengesetze verabschiedet. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, kurz „Blutschutzgesetz“, verbot fortan Eheschließungen und außerehelichen Verkehr zwischen Bürgern „deutschen Blutes“ und Juden. Seine Bestimmung wurde auch auf Eheschließungen zwischen Deutschen und den so genannten Zigeunern oder Schwarzen angewendet. Durch das „Reichsbürgergesetz“ wurden alle deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder mit zwei Großeltern jüdischen Glaubens zu Menschen mit eingeschränkten Rechten. Beide Gesetze bildeten die formale Grundlage für die Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung und Ermordung von sechs Millionen Juden im nationalsozialistischen Deutschland.

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/antisemitismus/nuernberg>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68999/1935-nuernberger-gesetze-treten-in-kraft-14-09-2010>

17.09.1990 Internationales Olympisches Komitee beschließt Zulassung von Berufssportlern zu den Olympischen Spielen

Die Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) strich bei ihrer Konferenz in Tokio am 17. September 1990 das bisherige Verbot für Profisportler, an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Damit wurde die durch den Gründer der Olympischen Spiele der Neuzeit Pierre de Coubertin (1863-1937) verfochtene Auffassung vom Amateurcharakter der Spiele fallengelassen, die die Politik des IOC über lange Zeit bestimmt hatte.

- http://www.olympia-lexikon.de/Olympische_Spiele_der_Neuzeit

20.09.1990 Verabschiedung des Einigungsvertrags durch beide deutschen Parlamente

Mit den erforderlichen Zweidrittelmehrheiten verabschiedeten am 20. September 1990 die Volkskammer der DDR mit 299 gegen 80 Stimmen bei einer Enthaltung und der Deutsche Bundestag mit 440 gegen 47 Stimmen bei drei Enthaltungen den zuvor zwischen beiden deutschen Staaten ausgehandelten „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“. Einen Tag später stimmte der Bundesrat dem 900 Seiten starken Vertragswerk einstimmig zu. Beitrittsbedingt änderte der Einigungsvertrag in Artikel 4 auch das Grundgesetz. So wurde beispielsweise die Präambel neugefasst. Anstelle des bisherigen Wiedervereinigungsgebots verweist sie fortan auf die wenig später erfolgte Wiedervereinigung „in freier Selbstbestimmung“ und auf die Gültigkeit des Grundgesetzes in den elf alten und fünf neuen Bundesländern.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/einigungsvertrag.html>
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/31315553_wegmarken_einheit10/202600
- <http://webarchiv.bundestag.de/volkskammer/dokumente/protokolle/1036.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11226.pdf#P.17807>
- <http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html>

26.09.1815 Gründung Heilige Allianz

Der auf Initiative des russischen Zaren Alexander I. (1777-1825) zwischen Russland, Österreich und Preußen am 26. September 1815 in Paris geschlossene Vertrag diente der Wiederherstellung, Aufrechterhaltung und Absicherung der monarchischen Herrschaftssysteme in Europa. Ein weiteres Ziel war die Sicherung eines „Ewigen Friedens“ durch konsequente Selbstverpflichtung aller europäischen Monarchen auf die Grundsätze der christlichen Nächstenliebe. Die Unterzeichner des Bündnisses bekannten sich zum Gottesgnadentum der Herrscher und bezeichneten die christliche Religion als Fundament der herrschenden politischen Ordnung. Sie verpflichteten sich zu gegenseitigem Beistand zum Schutz dieser Ordnung gegen alle bürgerlichen, demokratischen, und nationalstaatlichen Umwälzungen. Dem Vertrag traten in den folgenden Jahren alle europäischen Monarchen mit Ausnahme des Königs von England sowie des Papstes bei.

- <http://www.habsburger.net/de/kapitel/im-namen-der-heiligen-und-unteilbaren-dreieinigkeit>
- <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17226.php>
- <http://www.documentarchiv.de/nzjh/1815/heilige-allianz.html>

26.09.1985 Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes

Nachdem bereits mehrere Gesetzgebungsverfahren zur Durchführung einer Volkszählung in den achtziger Jahren gescheitert waren, beschloss der Deutsche Bundestag am 26. September 1985 das „Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1986)“. Mit ihm wurde den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an den bei der Durchführung einer Volkszählung zu beachtenden Datenschutz Rechnung getragen und der Termin für die anstehende Volkszählung auf den 25. Mai 1987 festgelegt. Wegen der Befürchtung des Datenmissbrauchs hatte die ursprünglich für den 27. April 1983 geplante Volksbefragung in Teilen der Bevölkerung zu beträchtlicher Unruhe sowie zu mehreren Verfassungsbeschwerden gegen das zuvor vom Deutschen Bundestag verabschiedete Volkszählungsgesetz vom 4. März 1982 geführt. Mit dem Urteil vom 15. Dezember 1983 war dieses Gesetz vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung begründet worden.

- <http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag1274.html>
- <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/zensus-und-boycott-die-volkszaehlung-vor-30-jahren>
- https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/38024038_kw10_kalender_volkszaehlung/207898
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10159.pdf>

– Oktober –

01.10.1965 Veröffentlichung der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche

Am 1. Oktober 1965 erschien unter den Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ die später als „Ostdenkschrift“ bekannt gewordene Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie machte einerseits auf die Situation der Vertriebenen aufmerksam und hinterfragte andererseits das damalige Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu ihren östlichen Nachbarn. In ihr wurde erstmals öffentlich die Frage einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze thematisiert. Die Denkschrift zählt zu den wichtigsten Initiativen, die die vier Jahre später unter der sozialliberalen Regierung einsetzende neue Ost- und Deutschlandpolitik vorbereitet hat, und dokumentiert die damalige Vorreiterrolle der evangelischen Kirche bei der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn, insbesondere mit Polen.

- <http://www.ekd.de/EKD-Texte/45952.html>
- http://www.ekd.de/presse/pm168_2005_ekd_poer_ostdenkschrift.html
- <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/03789.pdf>

02.10.1940 Befehl zur Errichtung des Warschauer Ghettos

Mit der Besetzung der polnischen Hauptstadt durch die Wehrmacht im September 1939 unterlag die jüdische Bevölkerung von Beginn an Zwangsmaßnahmen der deutschen Besatzer. Im November 1939 erfolgte der erste Schritt zu ihrer Ghettoisierung. Die Wehrmacht erklärte das jüdische Viertel in der Warschauer Altstadt zum „Seuchensperregebiet“, das von deutschen Soldaten nun nicht mehr betreten werden durfte. Nach zahlreichen Verordnungen und Planungen ordnete am 2. Oktober 1940 der Gouverneur des Distrikts Warschau im Generalgouvernement Polen Ludwig Fischer (1905-1947) unter dem Vorwand, einer Seuchengefahr vorbeugen zu müssen, die Errichtung eines Ghettos an. Die gesamte jüdische Bevölkerung aus Warschau und den umliegenden Regionen wurde aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen und in den folgenden sechs Wochen in das dafür vorgesehene Gebiet zu ziehen. Mitte November wurde das Ghetto von der Außenwelt abgeriegelt und von einer drei Meter hohen und 18 km langen Mauer umfasst. Über 350.000 Menschen mussten fortan unter erbärmlichen Bedingungen leben. Knapp 100.000 Personen verstarben im Ghetto aufgrund unzureichender Lebensverhältnisse. Am 22. Juli 1942 begann die Deportation der Warschauer Juden in das Vernichtungslager Treblinka. Durch den nationalsozialistischen Holocaust wurde die größte jüdische Gemeinde Europas, die vor Kriegsbeginn etwa 400.000 Menschen umfasst hatte, nahezu vollständig ausgelöscht.

- <http://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/voelkermord/ghettos.html>
- <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/geheimsache-ghetto-film/141785/das-warschauer-ghetto?p=all>
- <http://www.judentum-projekt.de/geschichte/nsverfolgung/deportation/ghetto.html>

03.10.1990 Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland

In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik um 0.00 Uhr dem Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 bei. Damit endete nach 45 Jahren der Teilung Deutschlands die Existenz des zweiten deutschen Staates. Vor dem Reichstagsgebäude und dem benachbarten Brandenburger Tor feierten im Beisein höchster Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR Hunderttausende die Wiedervereinigung. Um Mitternacht wurde erstmals die „Fahne der Einheit“ gehisst, die Nationalhymne gesungen und ein großes Feuerwerk entzündet. Der 3. Oktober, der sich in diesem Jahr zum 25. Mal jährt, wurde durch den Einigungsvertrag als „Tag der Deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Die Regierungschefs der Bundesländer und des Bundes vereinbarten, dass die jährlichen Feierlichkeiten zum 3. Oktober jeweils von dem Land ausgerichtet werden, das den Vorsitz im Bundesrat hat.

- http://www.protokoll-inland.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/TagderDeutschenEinheit/TdDE_node.html
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/145440/3-oktober-tag-der-deutschen-einheit>

04.10.1990 Erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages

Bereits einen Tag nach der deutschen Wiedervereinigung kam am 4. Oktober 1990 im Berliner Reichstag der gesamtdeutsche Bundestag zu seiner ersten Sitzung zusammen. An ihr nahmen neben den westdeutschen Bundestagsabgeordneten auch die 144 Abgeordneten der ersten frei gewählten Volkskammer der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik teil. Der gesamtdeutsche Bundestag umfasste 663 Volksvertreter: 305 von CDU/CSU/DSU, 226 der SPD, 57 der FDP, 49 von Grünen und Bündnis 90, 24 der PDS sowie zwei fraktionslose Abgeordnete. In seiner konstituierenden Sitzung wurden die letzte Präsidentin der Volkskammer und in dieser Funktion gleichzeitig letztes Staatsoberhaupt der Deutschen Demokratischen Republik Dr. Sabine Bergmann-Pohl (CDU), der letzte Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik Lothar de Maizière (CDU) sowie die Volkskammerabgeordneten Dr. Günther Krause (CDU), Dr. Rainer Ortleb (LDPD/FDP) und Dr. Hansjoachim Walther (1939-2005, DSU/CDU) zu Bundesministern für besondere Aufgaben ernannt und vereidigt.

- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11228.pdf>

08.10.1965 Internationales Olympisches Komitee beschließt das Ende der gesamtdeutschen Olympiamannschaft

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) nahm auf seiner Sitzung am 8. Oktober 1965 in Madrid das Nationale Olympische Komitee der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigtes Vollmitglied neben dem Nationalen Olympischen Komitee der Bundesrepublik Deutschland auf. Damit war die Zeit beendet, in der Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als gesamtdeutsche Mannschaft an Olympischen Winter- und Sommerspielen teilnahmen. Das Nationale Olympische Komitee der DDR konnte fortan eine eigene Olympiamannschaft aufstellen. Bis zum Ende der DDR traten seitdem bei den Olympischen Spielen zwei deutsche Mannschaften an.

- <http://www.bpb.de/apuz/31092/sportler-zwischen-ost-und-west?p=all>

09.10.1995 Konstituierung der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages

Nach dem Einsetzungsbeschluss des Plenums des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 1995 konstituierte sich am 9. Oktober 1995 die „Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages“. Die ihr zugewiesene Aufgabe bestand darin, eine Stellungnahme zu allen im Zusammenhang mit einer angestrebten Verkleinerung des Parlaments entscheidungserheblichen Fragen zu erarbeiten. Von zentraler Bedeutung der bisher letzten Parlamentsreform waren dabei Fragen der Neuzuschnitte der Wahlkreise, der Grundmandatsklausel und der Überhangmandate. Der Kommission unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose gehörten 17 Mitglieder des Bundestages und 14 Sachverständige an. Den Schlussbericht zu ihrer Arbeit legte die Kommission dem Parlament am 17. Juni 1996 vor. Auf den Empfehlungen der Reformkommission beruhte das am 11. Oktober 1996 vom Bundestag verabschiedete „Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“, mit dem die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die sich im Gefolge der Wiedervereinigung auf 656 erhöht hatte, auf 598 reduziert wurde.

- <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62524/personalisierte-verhaeltniswahl?p=all>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13047.pdf#P.3851>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13129.pdf#P.11631>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/079/1307950.pdf>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/082/1308270.pdf>

18.10.1865 Gründung Allgemeiner Deutscher Frauenverein

Vom 15. bis 18. Oktober 1865 versammelten sich in Leipzig auf Einladung des örtlichen Frauenbildungsvereins 120 Frauen zur ersten gesamtdeutschen Frauenversammlung, bei der am 18. Oktober der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ (ADF) gegründet wurde. Der Verein trat für das Recht auf Bildung und Erwerbsarbeit für bürgerliche Frauen ein. Er setzte sich unter anderem ein für die Gewerbefreiheit für Frauen, die Zulassung der Berufstätigkeit für unverheiratete Frauen zur Einkommenssicherung sowie die Einführung von Mädchenschulen. Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehörte Louise Otto-Peters (1819-1895), die mehrere Jahrzehnte an der Spitze des ADF stand. Der Verein war über Jahrzehnte hinweg der Hauptträger der Frauenbewegung in Deutschland. Um einer Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten zu entgehen, löste er sich 1933 selbst auf. 1947 nahm er seine bis heute andauernde Tätigkeit unter dem Namen Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband wieder auf.

- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/frauen>
- <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35256/aufbau-phase-im-kaiserreich?p=all>
- <http://www.staatsbuergerinnen.org/index.php/bundesverband/der-verband/bvgeschichte>
- <http://www.louiseottopeters-gesellschaft.de/index.php?id=rundgang>

24.10.1890 Gründung Volksverein für das katholische Deutschland

Die preußischen Zentrumspolitiker Franz Hitze (1851-1921), Ludwig Johann Ferdinand Gustav Windthorst (1812-1891), Carl Trimborn (1854-1921) und Franz Brandts (1834-1914) gründeten am 24. Oktober in Köln den „Volksverein für das katholische Deutschland“, der sich zur mitgliederstärksten und einflussreichsten katholischen Laienorganisation entwickelte. 1914 gehörten dem Verein, der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besonders stark war, über 800.000 Mitglieder an. Seine intensive Bildungs- und Schulungstätigkeit auf Basis der katholischen Soziallehre trug wesentlich zur Integration der Katholiken in das Kaiserreich bei. Mit dem Ziel der Zurückdrängung des stetig wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie betrieb er zum Teil gegen den Willen des Episkopats eine reformorientierte Kultur- und Sozialpolitik. In der Weimarer Republik begann der politische Einfluss des Vereins zu sinken. Der Verein wurde am 1. Juli 1933 von den Nationalsozialisten verboten. Versuche, den Volksverein nach 1945 wiederzubeleben, waren erfolglos.

- <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Epochen%C3%BCbergreifend/Seiten/Volksverein.aspx>
- http://www.dombibliothek-koeln.de/veranstaltung/volksverein/volksverein_start.html
- <http://www.kas.de/wf/de/71.8803>

– November –

14.11.1990 Unterzeichnung deutsch-polnischer Grenzvertrag

Am 14. November 1990 paraphierten der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und sein polnischer Amtskollege Krzysztof Skubiszewski (1926-2010) in Warschau den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze“. Der deutsch-polnische Grenzvertrag bestätigte die im Görlitzer Abkommen von 1950 mit der Deutschen Demokratischen Republik sowie im Warschauer Vertrag von 1970 mit der Bundesrepublik Deutschland als politische Westgrenze Polens anerkannte Oder-Neiße-Linie als unverletzlich. Beide Staaten verpflichteten sich, die staatliche Souveränität und territoriale Integrität des jeweils anderen uneingeschränkt zu achten und gegenseitig keinerlei Gebietsansprüche zu erheben. Mit dem Grenzvertrag wurde das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-polnischen Verhältnis völkerrechtlich endgültig besiegelt. Der Vertrag wurde am 14. November von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki (1927-2013) in Warschau unterzeichnet. Der Deutsche Bundestag ratifizierte den Grenzvertrag zusammen mit dem „Gesetz zu dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ am 17. Oktober 1991. In Polen erfolgte die Ratifizierung am 26. November 1991. Der deutsch-polnische Grenzvertrag trat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 16. Januar 1992 in Kraft.

- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43771/2-plus-4-verhandlungen?p=all>
- http://www.deutschlandfunk.de/erkennung-der-oder-neisse-linie.871.de.html?dram:article_id=127152
- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/zwei-plus-vier-vertrag.html>
- <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39755/deutsch-polnische-geschichte-seit-1918?p=all>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12050.pdf#P.4076>
- <http://www.polen.diplo.de/contentblob/4070200/Daten/126387/vertraggrenze1990.pdf>

16.11.1890 Erste Konferenz der freien Gewerkschaften

Am 16. November 1890 kamen nach dem Fall des Sozialistengesetzes 74 Delegierte der freien Gewerkschaften zu einer Funktionärskonferenz in Berlin zusammen. Am Folgetag wurde die Errichtung einer „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ als Dachverband aller sozialistischen Gewerkschaftsorganisationen und Verbände beschlossen. Bei deren Konstituierung am 18. November wurde als Sitz der Organisation Hamburg festgelegt und der Gewerkschaftler, Sozialdemokrat und spätere Reichstagsabgeordnete Carl Legien (1861-1920) zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

- <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00148/00148024.htm#E322E678>
- http://www.kalenderblatt.de/index.php?what=thmanu&lang=de&manu_id=1081&sdt=20141117&maca=de-podcast_kalenderblatt-1086-xml-mrss
- <http://www.dhm.de/lemo/biografie/carl-legien>

20.11.1945 Beginn der Nürnberger Prozesse

Am 20. November 1945 wurde vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG) in Nürnberg der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland eröffnet. Der Gerichtshof war auf der Grundlage der Moskauer Dreimächteerklärung vom 30. Oktober 1942, des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 und des Londoner Abkommens vom 8. August 1945 von den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingerichtet worden. Es war zuständig für die Verurteilung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden. Nach fast einem Jahr wurden am 1. Oktober 1946 die Urteile verkündet. Gegen zwölf hohe Repräsentanten des nationalsozialistischen Staates und seines Militärs wurde die Todesstrafe verhängt. In sieben Urteilen wurden die Angeklagten zu Haftstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich verurteilt. Für drei der Angeklagten endete der Prozess mit einem Freispruch. Als verbrecherische Gruppen und Organisationen wurden vom Internationalen Militärgerichtshof die Schutzstaffel der NSDAP (SS), der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD), die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und das Führerkorps der NSDAP eingestuft, nicht jedoch die Reichsregierung, der Generalstab, das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und die Sturmabteilung der NSDAP (SA). Das vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg angewendete Verfahren hatte maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Völkerrechts bis in die Gegenwart. Dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof folgten zwölf weitere Prozesse vor US-amerikanischen Militärgerichten. Angeklagt waren hier Ärzte und Juristen, Angehörige der SS und der Polizei, Industrielle und Manager, Militärs und Diplomaten sowie Minister und hohe Regierungsvertreter.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/entnazifizierung-und-antifaschismus/nuernberger-prozesse.html>
- http://www.bpb.de/themen/4R3CEW,0,N%FCrnb%FCrger_Prozess.html
- http://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/nachkriegszeit/stunde_null/nuernberger_prozess.jsp
- <http://www.kriegsverbrecherprozesse.nuernberg.de>

20.11.1985 Computerbetriebssystem Windows kommt auf den Markt

Am 20. November 1985 wurde die erste Version des inzwischen weltweit erfolgreichsten Betriebssystems für Computer „Windows 1.01.“ auf dem US-amerikanischen Markt zum Preis von 99 US-Dollar angeboten. In Deutschland war sie nicht erhältlich. Hier konnte man ab Januar 1986 die Nachfolgeversion „Windows 1.02“ kaufen. Die Vorteile der von dem amerikanischen Softwareunternehmen Microsoft entwickelten grafischen Benutzeroberfläche für DOS-Rechner wurden am darauffolgenden Tag auf einer Pressekonferenz erläutert. Der ersten Version dieses anwenderorientierten Betriebssystems war noch kein großer Erfolg beschieden, da es zunächst so gut wie keine Anwendungen dafür gab. Dies änderte sich jedoch mit Ausweitung der Einsatzgebiete von Computern und der Version „Windows 3.0“ im Jahr 2000. Heute läuft das Betriebssystem Windows weltweit auf über 90 Prozent aller Computer. Auch die Computer der Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie der Bundestagsverwaltung sind mit ihm ausgestattet.

- <http://www.winhistory.de/more/win1.htm>
- <http://www.heise.de/download/special-windows-history-die-geschichte-des-betriebssystems-151501.html>

21.11.1990 Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“

Zum Abschluss ihres Gipfeltreffens in Paris vom 19. bis 21. November 1990 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten die „Charta von Paris für ein neues Europa“. In diesem grundlegenden internationalen Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und vor dem Hintergrund des zerfallenden Ostblocks bekannten sich die Unterzeichner zur Demokratie als Regierungsform und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu. Die Charta von Paris dokumentierte das Ende der Konfrontation der Nachkriegszeit und der Teilung Europas.

- http://www.deutschlandfunk.de/eine-charta-fuer-ein-neues-europa.871.de.html?dram:article_id=127157
- <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-chronik/132346/19-21-nov-1990>
- <https://www.bundes-tag.de/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf>

– Dezember –

02.12.1990 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen

Am 2. Dezember 1990 stimmten erstmals Ost- und Westdeutsche gemeinsam über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ab. Angesichts der am 3. Oktober vollzogenen Wiedervereinigung hatten im Wahlkampf Fragen der deutschen Einheit überragende Bedeutung. Bei diesen Bundestagswahlen erhielt die CDU 43,8 Prozent, die SPD 33,5 Prozent und die FDP 11 Prozent der abgegebenen Stimmen. In den neuen Bundesländern erreichten Bündnis 90/Die Grünen 6 Prozent und die PDS 11,1 Prozent der Stimmen und zogen aufgrund der bei diesen Wahlen geltenden getrennten Sperrklauseln damit ebenfalls in den Deutschen Bundestag ein. Am 20. Dezember 1990 konstituierte sich der 12. Deutsche Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude und wählte Rita Süßmuth (CDU) zur Bundestagspräsidentin. Wegen zu geringer Abgeordnetenzahl erhielten Bündnis 90/Grüne mit acht Mandaten und PDS/Linke Liste mit 17 Mandaten keinen Fraktions-, sondern lediglich einen Gruppenstatus. Am 17. Januar 1991 wählte der Deutsche Bundestag Helmut Kohl (CDU) mit 378 zu 257 Stimmen bei 9 Enthaltungen zum ersten gesamtdeutschen Bundeskanzler.

- <http://hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/Wiedervereinigung/ersteGesamtdeutscheBundestagswahl1990.html>
- https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32428961_kw48_gesamtdeutsche_wahl/203386
- <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62559/bundestagswahlen-1949-2009>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12001.pdf>

06.12.1995 Bundestagsbeschluss zur Entsendung deutscher Soldaten nach Bosnien

Nachdem das Bundeskabinett am 27. November 1995 die Beteiligung deutscher Soldaten an dem internationalen Einsatz bewaffneter Streitkräfte zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina von 21. November 1995 beschlossen hatte, befasste sich das Parlament mit dem geplanten Auslandseinsatz der Bundeswehr. In seiner Sitzung vom 6. Dezember 1995 billigte der Deutsche Bundestag mit 543 gegen 107 Stimmen bei sechs Enthaltungen die Entscheidung der Regierung zur Entsendung von rund 4.000 deutschen Soldaten als Teil der internationalen IFOR-Friedenstruppe für Bosnien-Herzegowina. Damit war der Weg frei für den größten Auslandseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr. Zum ersten Mal wurden deutsche Soldaten unter kriegsmäßigen Bedingungen in eine Krisenregion außerhalb des NATO-Gebiets geschickt. Der erste NATO-Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Bosnien-Friedenstruppe begann am 22. Dezember 1995 mit der Verlegung eines Vorauskommandos von 175 Soldaten nach Kroatien. Bei diesem ersten Einsatz nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr vom 12. Juli 1994 war die Bundeswehr erstmals gleichberechtigter Partner einer multilateralen Friedensmission.

- <http://www.bpb.de/apuz/31580/auslandseinsaetze-der-bundeswehr?p=all>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13076.pdf#P.6631>
- <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/031/1303122.pdf>

15.12.1965 11. Plenum des ZK der SED

Am 15. Dezember 1965 begann das 11. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Es leitete eine verschärfte Auseinandersetzung der SED mit den in der DDR wirkenden Schriftstellern und Künstlern ein und wurde rückblickend als „Kahlschlagplenum“ bezeichnet. Den Bericht des Politbüros hielt Erich Honecker (1912-1994). Im Gefolge des Plenums wurden zahlreiche Filme, Theaterstücke, Bücher und Musikgruppen als zu systemkritisch verurteilt und zum Teil verboten. Der Zensur zum Opfer fiel z.B. das Buch „Der Tag X“ (späterer Titel: „Fünf Tage im Juni“) des DDR-Schriftstellers und späteren Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages Stefan Heym (1913-2001), in dem dieser sich kritisch mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 auseinandersetzte. Verboten wurde auch die gesamte Jahresfilmproduktion der staatlichen Filmproduktionsgesellschaft Deutsche Film AG (DEFA), darunter Frank Beyers (1932-2006) SED-kritischer Film „Spur der Steine“. Mit dem 11. Plenum des ZK der SED wurde die kurze Phase einer Lockerung der Kulturpolitik in der DDR nach dem VI. Parteitag der SED 1963 beendet. Als einzige Rednerin gegen die repressive Kulturpolitik der Partei trat die Schriftstellerin Christa Wolf (1929-2011) auf dem Plenum auf.

- <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-modernisierung/reformversuche-im-osten/kulturelle-freiheiten-und-kahlschlag.html>
- <http://www.mdr.de/damals/archiv/zeitstrahl/artikel84054.html>
- <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53090/stefan-heyms-p=all>

18.12.1915 Gründung Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)

In Berlin wurde am 18. Dezember 1915 die Gründung der „Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte“ (GEMA) bekanntgegeben. Damit war in Deutschland eine der ersten Verwertungsgesellschaften entstanden. Die GEMA soll im Auftrag von Komponisten und Texter deren Urheberrechte wahrnehmen und die Tantiemen für die Aufführung von deren Musikstücken einziehen.

- <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/urheberrecht/63369/geschichte-des-urheberrechts?p=2>
- <https://www.gema.de/die-gema/10-fragen-10-antworten.html>

18.12.1940 Hitler unterzeichnet die „Weisung Nr. 21“ (Fall Barbarossa) zum Krieg gegen die Sowjetunion

Nachdem Adolf Hitler (1889-1945) die „Vernichtung des Bolschewismus“ seit 1925 zu einem politischen Hauptziel des Nationalsozialismus erklärt und zu dessen Verwirklichung seit Juni 1940 einen Angriff auf die Sowjetunion ins Auge gefasst hatte, unterzeichnete er am 18. Dezember 1940 die „Weisung Nr. 21“. Obwohl zwischen beiden Ländern seit dem 23. August 1939 ein Nichtangriffspakt („Hitler-Stalin-Pakt“) bestand, wurde dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion, der „Fall Barbarossa“, befohlen. Nach dieser Weisung sollten die Vorbereitungen für den Ostfeldzug bis zum 15. Mai 1941 abgeschlossen sein. Die Umsetzung des „Unternehmens Barbarossa“ begann am 22. Juni 1941 mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion kostete in den knapp vier Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs rund 27 Millionen der in der UdSSR lebenden Menschen das Leben, darunter 13 Millionen Soldaten und 14 Millionen Zivilisten. Unter den rund 6 Millionen deutschen Opfern waren 5.180.000 Soldaten und 1.170.000 Zivilisten. Die Sowjetunion hatte rund 40 Prozent der Opfer des Zweiten Weltkriegs zu beklagen.

- http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0009_bar&l=de
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/zweiter-weltkrieg/kriegsverlauf/sowjetunion>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68783/ueberfall-auf-die-sowjetunion-22-06-2012>

4. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Archiv der Gegenwart (2003). Dokumentation der Zeitgeschichte 1931 – 2003. Sankt. Augustin: Siegler.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) (1999). Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Berlin: Directmedia.
- Bundesministerium des Inneren. Nationale Gedenk- und Feiertage: http://www.protokoll-in-land.de/PI/DE/NatGedenkFeiertage/natGedenkFeiertage_node.html.
- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (2013). Chronik 1989. Taschenkalender. Berlin: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2013): <http://www.bpb.de/geschichte>.
- Deike-Gedenktage (2012): Internationaler Gedenktage-Planer. Jahreskalender 2015. Kreuzlingen [u.a.]: Deike.
- Deutsche Welle: <http://www.kalenderblatt.de>.
- Deutscher Bundestag (2011): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages: <http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/index.html>.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002). Wege – Irrwege – Umwege. Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Historische Ausstellung im Deutschen Dom in Berlin. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutsches Historisches Museum; Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (2014). LeMO: Lebendiges virtuelles Museum: www.dhm.de/lemo.
- Eschenhagen, Wieland; Judt, Matthias (2008). Der Fischer Weltalmanach: Chronik Deutschland 1949 – 2009. 60 Jahre deutsche Geschichte im Überblick. Frankfurt am Main: Fischer.
- Feldkamp, Michael F. (2005): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2003. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Boden: Nomos.
- Fuchs, Konrad; Raab, Heribert (1987). dtv - Wörterbuch zur Geschichte, 2 Bd. München: dtv.
- Geiss, Imanuel (1983): Geschichte griffbereit: Bd. 4. Die Sachsystematische Dimension. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Lehmann, Hans Georg (2000): Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Müller, Helmut K. (2009). Schlaglichter der deutschen Geschichte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Munzinger Online: Gedenktage: <http://www.munzinger.de/search/publikationen/gedenktage/jubilaeen.jsp>.
- Overesch, Manfred; Saal, Friedrich Wilhelm (2000). Deutsche Geschichte von Tag zu Tag. 1918 – 1949. Berlin: Directmedia.
- Schindler, Peter (1999): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt-Liebich, Jochen (1981): Deutsche Geschichte in Daten. Bd. 2: 1770 – 1918.
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv. Jahrestage 2015: http://www.dra.de/online/hinweisdienste/jahrestage/jt_2015.pdf.

5. Schlagwortregister der historischen Jahres- und Gedenktage für das Jahr 2015

- Ablehnung EG-Beitrittsge-
such der Türkei 05.02.
Abstimmung Vertrauens-
frage im Deutschen Bun-
destag 01.07
Aktuelle Stunde im Deut-
schen Bundestag 10.01.
Allgemeiner Deutscher
Frauenverein 18.10.
Amt des Wehrbeauftragten
27.01., 07.03.
Amt für nationale Sicher-
heit (AfNS) 15.01.
Angriff auf Sowjetunion
18.12.
Antifolterkonvention der
Vereinten Nationen 08.02.
Antikriegstag 01.09.
Antisemitismus 01.01.
Arbeitsbedingungen 15.03.,
04.05.
Arbeitszeit 04.05.
Arbeitsschutz 15.03.
Arbeitsvermittlung 01.08.
Armenier 24.04.
Armutsbekämpfung 06.03.
Atombombenabwurf 06.08.
Attentat auf Hitler 20.07.
Aufnahme diplomatischer
Beziehungen zu Israel
12.05.
Aufnahme offizieller Bezie-
hungen zwischen beiden
deutschen Parlamenten
30.04.
Aufnahme NOK der DDR in
das Internationale Olympi-
sche Komitee 08.10.
Auschwitz-Lüge 25.04.
Auschwitz-Prozess 19.08.
Ausländergesetz 12.02.
Auslandseinsatz der Bun-
deswehr 06.12.
Auslandsdeutsche 19.01.,
28.06., 24.08.
Beitritt der DDR zur Bun-
desrepublik Deutschland
23.08., 20.09., 03.10.
Bekenntnisfreiheit 16.05.
Beneluxstaaten 10.05.
Beschluss der Volkskam-
mer zu Beitritt Bundesre-
publik Deutschland 23.08.
Beschluss Weltgesund-
heitsorganisation Homose-
xualität 17.05.
Besetzung Dänemark und
Norwegen 09.04.
Besetzung Stasi-Gebäude
15.01.
Betriebssystem 20.11.
Bioethik-Konvention 02.02.
Bodenreform 03.09.
Bosnien 11.07., 06.12.
Briefsortierung 31.05.
Bundespost 31.05.
Bundestagsbeschluss
Aktuelle Stunde 10.02.
Bundestagsbeschluss Amt
des Wehrbeauftragten
07.03.
Bundestagsbeschluss Anti-
folterkonvention Vereinte
Nationen 08.02.
Bundestagsbeschluss
Auschwitz-Lüge 25.04.
Bundestagsbeschluss erstes
Ausländergesetz 12.02.
Bundestagsbeschluss Oder-
Neiße-Grenze 21.06.
Bundestagsbeschluss Rede-
recht Wehrbeauftragter
27.01.
Bundestagsbeschluss Ver-
jährung nationalsozialisti-
scher Verbrechen 25.03.
Bundestagsbeschluss Eini-
gungsvertrag 20.09.
Bundestagsbeschluss
Volkszählungsgesetz 26.09.
Bundestagsbeschluss
Volksgerichtshof 25.01.
Bundestagswahl 02.12.
Bundeswehreinsatz Bos-
nien 06.12.
Charta von Paris 21.11.
Computer 20.11.
Contergan-Opfer 19.06.
Dänemark 09.04.
Denkmal für die ermorde-
ten Juden 10.05.
Deutsch-polnische Bezie-
hungen 01.10., 14.11.
Deutsch-polnischer Grenz-
vertrag 14.11.
Deutsch-sowjetischer
Nichtangriffspakt 23.08.
Deutsch-sowjetischer Ver-
trag über gute Nachbar-
schaft, Partnerschaft und
Zusammenarbeit 13.09.
Deutsche Einheit 25.01.,
10.03., 3.10., 28.11., 09.12.

-
- Deutsche Frage 25.01., 3.10., 23.10.
Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 29.05.
Deutsche Bundespost 31.05.
Deutscher Bund 08.06.
Diplomatische Beziehungen zu Israel 12.05.
EG-Fusionsvertrag 08.04.
Einführung 35-Stunden-Woche 04.05.
Einführung Pflegeversicherung 01.01.
Einführung Solidaritätszuschlag 01.01.
Einigungsvertrag 20.09.
Ende Zweiter Weltkrieg 08.05.
England 13.08.
Enteignung 03.09.
Entscheidung BVerfG zu Abgeordnetenrechten 13.06.
Entscheidung BVerfG zu Kruzifixen 16.05.
Entscheidung BVerfG zu Studiengebühren 26.01.
Entscheidung BVerfG zur Auschwitz-Lüge 13.04.
Erhebung von Studiengebühren 26.01.
Eröffnung Denkmal für die ermordeten Juden 10.05.
Eröffnung Holocaustmuseum Yad Vashem 15.03.
Eröffnung Ruhr-Universität Bochum 30.06.
Errichtung erster Kindergarten 28.06.
Errichtung KZ-Auschwitz 27.04.
Errichtung Warschauer Ghetto 02.10.
Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 02.12.
Erste Internationale Arbeiterschutzkonferenz 15.03.
Erste Konferenz freie Gewerkschaften 16.11.
Erste Sitzung gesamtdeutscher Bundestag 04.10.
Erster Internationaler Frauenfriedenskongress 28.04.
Erster Mai 01.05.
Erster Weltkrieg 28.04., 05.09.
Erstes Ausländergesetz 12.02.
Erstes Stasiunterlagengesetz 24.08.
Erstürmung Ministerium für Staatssicherheit 15.01.
EU-Mitgliedschaft Türkei 05.02.
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 29.05.
Europäische Gemeinschaft 08.04.
Europäische Verfassung 12.01.
Europäischer Gedenktag 11.07., 23.08.
Evangelische Kirche 28.05., 01.10.
Evangelisch-Sozialer Kongress 28.05.
Fall Barbarossa 18.12.
Flucht und Vertreibung 20.06.
Frankreich 10.05.
Frauenbewegung 28.04., 18.10.
Freie Gewerkschaften 16.11.
Friedensbewegung 28.04., 05.09.
35-Stunden-Woche 04.05.
Gastarbeiter 12.02.
Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) 18.12.
Genozid 24.04., 11.07.
Gentechnik 02.02.
Gesamtdeutsche Bundestagswahl 02.12.
Gesamtdeutsche Olympiamannschaft 08.10.
Gesamtdeutscher Bundestag 04.10.
Gesetz gegen die Leugnung von NS-Verbrechen 25.04.
Gewaltherrschaft 23.08.
Gewerkschaften 16.11.
Gleichstellung von Männern und Frauen 07.03.
Grenzkontrollen 14.06.
Größe des Deutschen Bundestages 09.10.
Gründung Allgemeiner Deutscher Frauenverein 18.10.
Gründung Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 29.05.
Gründung Deutscher Bund 08.06.
Gründung Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 29.05.
Gründung Evangelisch-Sozialer Kongress 28.05.

Gründung Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) 18.12.

Gründung Heilige Allianz 26.09.

Gründung Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages 09.10.

Gründung Theaterverein Freie Volksbühne 29.07.

Gründung Volksverein für das katholische Deutschland 24.10.

Gruppe Ulbricht 30.04.

Heilige Allianz 26.09.

Helgoland-Sansibar-Vertrag 01.07.

Hiroshima 06.08.

Hitler-Attentat 20.07.

Hitler-Stalin-Pakt 23.08.

Holocaust 27.01., 30.01., 15.03., 25.04., 27.04.

Homosexualität 17.05.

Inkrafttreten Kyoto-Protokoll 16.02.

Internationale Fernmeldeunion 17.05.

Internationale Ozonschutzkonferenz 29.06.

Internationaler Gedenktag 27.01., 08.05., 01.09.

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust 27.01.

Israel 15.03., 12.05.

Japan 06.08.

Judendiskriminierung 15.09., 02.10.

Judenverfolgung 27.01., 15.03., 27.04., 10.05.

Katholische Kirche 19.04., 24.10.

Kernwaffeneinsatz 06.08.

Kindergarten 28.06.

Klimaschutz 16.02.

Kolonialismus 01.07.

Kommunistische Verbrechen 23.08.

Konstituierung erster gesamtdeutscher Bundestag 04.10.

Konstituierung Treuhandanstalt 16.07.

Krieg gegen Sowjetunion 18.12.

Kriegsverbrechen 11.07., 20.11.

Kruzifix-Urteil des BVerfG 16.05.

Kulturpolitik der SED 15.12.

Kyoto-Protokoll 16.02.

KZ-Auschwitz 27.04.

Ländereinführungsgesetz 22.07.

Luftkrieg um England 13.08.

Maifeiertag 01.05.

Menschenwürde 02.02., 08.02.

Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 15.01.

Roma und Sinti 27.04.

Nachkriegsdeutschland 17.07.

Nationaler Gedenktag 27.01., 17.06., 20.6., 20.07., 03.10.

Nationalsozialistische Verbrechen 25.01., 27.01., 05.03., 15.03., 25.03. 25.04., 27.04., 10.05., 23.08., 20.11., 18.12.

Neutralitätspflicht des Staates 16.05.

Norwegen 09.04.

Nürnberger Gesetze 15.09.

Nürnberger Prozesse 20.11.

Oder-Neiße Grenze 21.06.

Olympische Spiele 17.09., 08.10.

Opfer von Gewaltherrschaft 23.08.

Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche 01.10.

Ostpolitik 01.10.

Ozonschutzkonferenz 29.06.

Papstwahl 19.04.

Pflegeversicherung 01.01.

Planung Krieg gegen Sowjetunion 18.12.

Polen 27.04., 21.06., 01.10., 02.10., 14.11.

Politische Verfolgung 23.08.

Post 31.05.

Potsdamer Konferenz 17.07.

Rasengesetze 15.09.

Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages 09.10.

Regierung der Nationalen Verantwortung in der DDR 05.02.

Reichstagsbeschluss zum Sozialistengesetz 25.01.

Reichstagsverhüllung 17.06.	Türkei 05.02.	Volkserhebung in der DDR 17.06.
Religionsfreiheit 16.05.	Umsiedlung Auslandsdeut- scher 19.01.,28.06., 28.08.	Volksgerechtshof 25.01.
Roma und Sinti 27.04.	Ungarn 19.01.	Volkskammerbeschluss Beitritt Bundesrepublik Deutschland 23.08.
Ruhr-Universität Bochum 30.06.		Volkskammerbeschluss Ei- nigungsvertrag 20.09.
Rumänien 28.06.	Ungarndeutsche 19.01.	Volkskammerbeschluss Ländereinführungsgesetz 22.07.
Russlanddeutsche 24.08.	Unterzeichnung Charta von Paris 21.11.	Volkskammerbeschluss Oder-Neiße-Grenze 21.06.
Schengener Abkommen 14.06.	Unterzeichnung deutsch- polnischer Grenzvertrag 14.11.	Volkskammerbeschluss Stasiunterlagengesetz 24.08.
17. Juni 1953 17.06.	Unterzeichnung EG-Fusi- onsvertrag 08.04.	Volkskammerwahlen 18.03.
Sinti und Roma 27.04.	Unterzeichnung Schenge- ner Abkommen 14.06.	Volksverein für das katho- liche Deutschland 24.10.
Solidaritätszuschlag 01.01.	Unterzeichnung Wirt- schafts-, Währungs- und Sozialunion 18.05.	Volkszählungsgesetz 26.09.
Sowjetunion 23.08., 28.08., 13.09., 18.12.	Urteil Auschwitz-Prozess 19.08.	Wählbarkeit für das Amt des Wehrbeauftragten 07.03.
Sowjetische Besatzungs- zone 30.04., 03.09.	Verabschiedung Ausländer- gesetz 12.02.	Warschauer Ghetto 02.10.
Sozialistengesetz 25.01.	Verabschiedung Einigungs- vertrag 20.09.	Wehrbeauftragter 27.01., 07.03.
Sozialistische Einheitspar- tei Deutschlands 15.12.	Verabschiedung Länderein- führungsgesetz 22.07.	Wehrmachtsausstellung 05.03.
Srebrenica 11.07.	Verabschiedung Volkszäh- lungsgesetz 26.09.	Weltgipfel für soziale Ent- wicklung 06.03.
Stalinistische Verbrechen 23.08.	Verbot Fluorchlorkohlen- wasserstoff (FCKW) 29.06.	Weltsozialgipfel 06.03.
Stasiunterlagengesetz 24.08.	Verjährung nationalsozia- listischer Verbrechen 25.03.	Westfeldzug 10.05.
Studiengebühren 26.01.	Vertrauensfrage 01.07.	Wiedervereinigung 23.08., 12.09., 20.09., 03.10.
Tag der Befreiung 08.05.	Vertreibung 19.01., 24.04., 20.06., 01.10.	Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion 18.05.
Tag der Deutschen Einheit 17.06., 03.10.	Verschleppung Ungarn- deutsche 19.01.	Wochenarbeitszeit 04.05.
Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialis- mus 27.01.	Völkermord 27.01., 24.04., 11.07.	Zensur 15.12.
Tag des Gedenkens der Op- fer von Flucht und Vertrei- bung 20.06.	Volksbühne 29.07.	Zimmerwalder Konferenz 05.09.
Teilnahme Olympische Spiele 17.09.		
Theaterverein Freie Volks- bühne 29.07.		
Treuhandanstalt 16.07.		

Zugang zum Amt des
Wehrbeauftragten 07.03.

Zwei-plus-Vier-Vertrag
12.09.

Zweiter Weltkrieg 05.03.,
25.03., 09.04., 08.05., 10.05.,
20.06., 17.07., 06.08., 13.08.,
01.09., 20.11., 18.12.